

Aktuelle Chronik

Chronik der politischen Entwicklung Asiens vom 1. Juni bis 31. August 1972

UWE G. FABRITZEK

Die vorliegende Chronik soll umfassend über die relevanten Ereignisse im asiatischen Raum informieren, wobei Daten und Fakten im einzelnen quellenmäßig belegt werden, um über die aktuelle Information hinaus zu einer Art Nachschlagewerk für Interessierte wie Fachleute zu werden.

Das Quellenmaterial ist aus dem nachstehenden Abkürzungsverzeichnis ersichtlich und setzt sich aus Nachrichtenagenturen, Monitordiensten und der internationalen Presse zusammen. Um den Rahmen der Darstellung nicht zu sprengen, wird im Einzelfall auf Hintergrundmaterial und weiterführende Darstellungen verwiesen.

Eine Aufnahme von Dokumenten ist prinzipiell nicht vorgesehen, da dies der Umfang der Chronik von vornherein ausschließt, doch bestimmt auch hier die Ausnahme die Regel.

Zur Gliederung: Die Chronik ist in die Region Süd-, Südostasien, Indochina und Ostasien unterteilt; innerhalb dieser Regionen wird die Entwicklung in den einzelnen Staaten dargestellt, wobei zumeist eine Unterteilung in Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik notwendig erschien. Eine exakte Trennung dieser Bereiche ist auf Grund der Komplexität der Ereignisse nicht möglich und auch nicht angestrebt.

U. G. F.

Abkürzungen

ADN	– Amtliche Deutsche Nachrichtenagentur, DDR
AFP	– Agence France Press
AIR	– All India Radio, Indien (nach MD)
ATA	– Albanian Telegraph Agency
BTA	– Bulgarian Telegraph Agency
CTK	– Československá Tisková Kancelár (Nachrichtenagentur der Regierung der CSSR)
DPA	– Deutsche Presseagentur, BRD
DSB	– Department of State Bulletin, Washington
EA	– Europa-Archiv, Bonn
FAZ	– Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEER	– Far Eastern Economic Review, Hongkong
HNA	– Hsinhua News Agency, Daily Bulletin
IAF	– Internationales Afrika-Forum, München
ISI	– Indian Standards Institutions, Indien
Isv	– Isvestija, Moskau
JAT	– The Japan Times, Tokio
JMJP	– Jen-min Jih-pao (Volkszeitung) Peking
KCNA	– Korean Central News Agency, Nordkorea
KMJP	– Kuang-min Jih-pao, VR China
Kr. Sv.	– Krasnaja Svesda, Moskau
MD	– Monitor-Dienst der Deutschen Welle, Köln
MENA	– Middle East News Agency, Ägypten
MTI	– Magyar Tavislati Iroda, Nachrichtenagentur Ungarns
NCNA	– New China News Agency, Peking

ND	– Neues Deutschland, DDR
NZ	– Neue Zeit, Moskau
NZZ	– Neue Zürcher Zeitung
PAP	– Polska Agencja Prasowa, Nachrichtenagentur Polens
Pr	– Prawda, Moskau
PrLat	– Prensa Latina
PR	– Peking Rundschau, Peking
RD	– Rabotnicesko Delo, Bulgarien
RP	– Radio Peking (nach MD)
SCMP	– South China Morning Post, Hongkong
SWBFE	– Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, BBC London
SZ	– Süddeutsche Zeitung, München
TASS	– Nachrichtenagentur der Sowjetunion
TST	– The Straits Times, Manila
USIS	– United States Information Service
VNA	– Vietnam News Agency, Nordvietnam

A. Südasien

1. Afghanistan

a) Innenpolitik

Am 23. August wurde mit einer großen Militärparade der Unabhängigkeitstag Afghanistans begangen. In einer Rede dazu betonte König Mohammed Zahir Shah die Bedeutung des Aufbaus eines wissenschaftlichen und fortschrittlichen Wirtschaftssystems, mit dessen Hilfe Armut, Krankheit und Ignoranz überwunden werden sollen (SWBFE 4076).

b) Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaft Afghanistans (300 000 qkm Fläche, 15 Mio Einwohner, kein Zugang zum Meer, keine Eisenbahn) krankt an einer rückständigen Landwirtschaft, in der ca. 75% der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt sind. Trotz reicher Bodenschätze (Eisenerz, Kupfer, Bauxit, Asbest, Zink, Blei) können diese wegen der großen Transportschwierigkeiten kaum genutzt werden. Bisher spielten lediglich die Erschließung von Erdgasfeldern an der sowjetischen Grenze, die seit 1967 betrieben wird, eine gewisse Rolle.

Die notwendige Auslandshilfe wird gleichermaßen von Ost und West geleistet, genaue Zahlenangaben darüber fehlen aber. UdSSR, DDR und CSSR sind die bedeutendsten Handelspartner aus dem Sowjetblock, ihr Anteil an Außenhandelsvolumen beträgt ca. zwei Drittel. Dem stehen auf westlicher Seite vor allem die USA und die Bundesrepublik gegenüber. Schätzungen zufolge beträgt die Auslandsverschuldung Afghanistans ca. 4 Mia US\$, wovon zwei Drittel auf den Sowjetblock entfallen. Nach der UdSSR ist die Bundesrepublik der zweitgrößte Gläubiger (vgl. dazu NZZ 29. 7. 72).

Im Gebiet von Jarakduk im Norden Afghanistans wurden kürzlich neue Erdgaslager entdeckt, die mit 30 000 m³ das zweitgrößte Vorkommen darstellen (SWBFEW 687).

c) Außenpolitik

Mit der Sowjetunion wurden eine Reihe von Abkommen unterzeichnet. Vom 5. bis 25. Juli besuchte der stellv. Ministerpräsident Abdul Samal Hamed mit einer Regierungsdelegation Moskau und unterzeichnete dort am 11. Juli ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, in dessen Rahmen Afghanistan eine Anleihe in Höhe von 100 Mio Rubeln erhält (TASS 11. 7. 72, SWBFEW 684). Außerdem wurde am 19. Juli ein Abkommen über die Zusammenarbeit zur Verhinderung von Flugzeugentführungen vereinbart, nach dem „die Behörden . . . Schritte zum Zwecke der unverzüglichen Auslieferung der Entführer an den anderen Staat ergreifen“ sollen (TASS 10. 7. 72). Am 14. Juli wurde ein Abkommen über die Entsendung von Experten, die sich mit Bewässerungsprojekten befassen sollen, unterzeichnet (SWBFEW 682).

Der DDR-Rundfunk erklärte am 12. Juni auf eine Hörerfrage, warum mit Afghanistan keine diplomatischen Beziehungen bestehen, den Zusammenhang zwischen der „erpresserischen Entwicklungshilfe des Westens“ und der afghanischen Außenpolitik: „Die afghanische Regierung schreckt jetzt noch davor zurück, durch einen freundlichen Akt gegenüber der Regierung der DDR den Bau bestimmter Entwicklungsprojekte in Frage zu stellen“ (Radio DDR 12. 6. 72).

Mit der VR China wurde am 26. Juli ein Abkommen über zivilen Lufttransport unterzeichnet, wozu sich eine Regierungsdelegation unter Ma Jen-hui in Afghanistan aufhielt (NCNA 26. 7. 72).

Kanada erklärte sich bereit, Weizen im Werte von einer Million Dollar im Laufe dieses Sommers an Afghanistan zu liefern, um durch Naturkatastrophen entstandene Not zu lindern (SWBFEW 678) (vgl. auch Indien/Außenpolitik).

2. Sri Lanka (Ceylon)

a) Innenpolitik

In ihrer ersten Rede vor der Nationalversammlung der Republik Sri Lanka, nahm Frau Bandaranaike am 23. Juni zu verschiedenen politischen Problemen Stellung. Als Generalnenner der Politik betonte sie die Notwendigkeit der politischen wie wirtschaftlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Im Hinblick auf die April-Unruhen des Vorjahres gestand sie ein, daß diese sehr viel Schaden angerichtet und die Produktion beeinträchtigt haben. Für die Wirtschaftspolitik kündigte sie Gesetze zur Landreform und zur landwirtschaftlichen Produktion an, welche die Beteiligung des privaten Sektors in der Wirtschaftsentwicklung des Landes auf breiter Ebene vorsehen, während sie für die Außenpolitik die Politik des Non-Alignment bekräftigte, die nach ihren Worten bei allen Staaten „Achtung und Verständnis“ hervorgerufen habe. (SWBFE 4026).

Die Tamilenfrage (vgl. IASF 3 72 S. 448) scheint an innenpolitischer Brisanz zu gewinnen: Die „Vereinigte Tamilfront“ kündigte Mitte Juli an, mehr als 10 000 Freiwillige für eine Kampagne zu rekrutieren, mit deren Hilfe ein „gerechter Platz“ für Tamil in der neuen Verfassung geschaffen werden soll. Im Rahmen der strengen Sicherheitsmaßnahmen wurden bisher über 80 Tamilen verhaftet, was neue Protestaktionen zur Folge hatte (SWBFE 4043, MD 17. 7. 1972).

b) Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftliche Situation Sri Lankas ist u. a. dadurch gekennzeichnet, daß das Brutto-sozialprodukt 1971 um 1,1⁰% abfiel, und 1972 weiter absinken wird, da sich die Auslandsschulden vergrößerten und die Exporte weiter zurückgingen. Maßgeblichen Anteil daran hat das Sozialprogramm der Regierung, das im laufenden Budget mit 260 Mio US-Dollar – fast die Hälfte der angenommenen Gesamteinkünfte – veranschlagt ist. Die Auslandsschulden betragen ca. 300 Mio US-Dollar, weshalb über 40⁰% der Exporteinnahmen für die Schuldentilgung aufgebracht werden müssen. Erschwerend wirkt sich die schlechte Teernte aus, Kautschuk und Kokosnußplantagen sind von Krankheiten befallen.

Zur Unterstützung von Industrie und Landwirtschaft wurde die Verstaatlichung weiter vorangetrieben. Nach Angaben der Zentralbank werden zwei Drittel des Finanzbedarfs der 68 öffentlichen Gesellschaften subventioniert. Wegen der großen Devisenknappheit wurden ausländische Bankguthaben eingezogen und die Rücküberweisung der Devisen angeordnet. Diese und ähnliche Maßnahmen – wie die Begrenzung des Höchsteinkommens (vgl. IASF S. 449) – führten zu einem Investitionsrückgang und zu einer Fachkräfte- und Ausländerflucht.

Während jeder der ca. 12,7 Mio Einwohner jede Woche im Rahmen der Nahrungsmittelsubvention eine Ration von einem Kilogramm erhält, liegt die Arbeitslosenziffer unverändert hoch bei 14⁰%. Dazu kommt, daß jährlich zahlreiche Hochschulabsolventen keinen angemessenen Arbeitsplatz finden können (alle Angaben JAT 16. 6. 1972).

Mitte August gab die Zentralbank den neuen Paritätensatz der Rupie zum Pfund Sterling bekannt, womit die im November 1971 abgebrochenen Bindungen an das Pfund wieder hergestellt wurden. Der neue Kursatz je Pfund liegt bei 15,6 Rupien und erhöhte sich

von 5,95 auf 6,39 gegenüber dem US-Dollar (JAT 18. 7. 72). Am 1. August wurde dem Parlament ein Gesetz vorgelegt, das den Bodenbesitz auf 50 Acres je Familie beschränkt und Dr. Silva, Minister für Verfassungsfragen und Plantagen, kündigte dabei weitere Gesetze zur Kontrolle ausländischer Gesellschaften und privater Großgrundbesitzer an (3. 8. 72).

c) Außenpolitik

Sozialistische Staaten. Nach wie vor spielt die wirtschaftliche Hilfe durch den Sowjetblock für Sri Lanka eine große Rolle. Anfang Juni erklärte sich die UdSSR bereit, Sri Lanka beim Aufbau seines Wohnungsbauprogramms mit technischer Hilfe zu unterstützen (SWBFE 4016). Am 15. Juni wurde das Programm für kulturellen und wissenschaftlichen Austausch für 1972 unterzeichnet, in dessen Rahmen u. a. Studenten aus Sri Lanka in der Sowjetunion ausgebildet werden (SWBFE 4018).

Im Juli besuchte Industrie- und Wissenschaftsminister T. B. Subasinghe die Sowjetunion, die DDR, Polen, die CSSR und Ungarn, wobei ihm seitens dieser Staaten Hilfszusagen für Industrieprojekte gemacht wurden (SWBFEW 685). Insgesamt hat nach den Worten Subasinghes die versprochene Hilfe einen Wert von 25 Mio US-Dollar, wobei ein Zinssatz von 2,5–3% und eine Rückzahlungsfrist von 10–15 Jahren vereinbart wurde (JAT 3. 8. 72).

Mit Jugoslawien wurde am 19. August ein Abkommen über den Bau dreier Fabriken zur Verarbeitung von Früchten unterzeichnet, deren Kosten sich auf ca. 300 000 Pfund Sterling belaufen (Tanjug 20. 8. 72).

Sonstige. Am 1. Juli hielt sich der US-Staatssekretär William Rogers zu einem zweistündigen Aufenthalt in Colombo auf, wobei er die Regierung über die Besuche Präsident Nixons in Peking und Moskau unterrichtete (Dawn 2. 7. 72).

Anfang Juli wurde mit der Bundesrepublik ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des zivilen Flugdienstes vereinbart, das erst zu einem späteren Zeitpunkt unterzeichnet werden soll (SWBFEW 681).

Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie den Bau einer Baumwollfabrik wurde am 29. Juni mit der VR China in Peking unterzeichnet. Mitte Juli wurden außerdem zwei weitere chinesische Kanonenboote an Sri Lanka geliefert (Dawn 29. 7. 72) (zum Besuch von Frau Bandaranaike in der VR China vgl. VR China).

3. Nepal

Die innenpolitische Situation ist seit der Übernahme der Regentschaft durch König Birendra nach dem Tod seines Vaters (vgl. IASF 3/72 S. 450–451) nicht zur Ruhe gekommen. Die Opposition richtet sich vor allem gegen Ministerpräsident Bista, der der „Unfähigkeit und Ineffizienz“ beschuldigt wird, die „enorme Probleme für das Land“ bewirkt habe. Im Zuge der Auseinandersetzungen – Mitte Juni wurde ein Mißtrauensantrag gestellt, der aber nicht erfolgreich war – machte König Birendra deutlich, daß er gegenüber der Opposition einen harten Kurs vertritt. Ein offensichtliches Moment der Auseinandersetzungen sind die Bestrebungen der verbotenen Kongresspartei auf ein politisches Comeback. Ein Teil der führenden Politiker dieser Partei ist inzwischen nach Nepal zurückgekehrt, während sich andere noch in Indien im Exil befinden. Der Ende August gemeldete „Überfall“ aus Indien (vgl. Außenpolitik) wird mit dieser Partei in Verbindung gebracht.

Die Auseinandersetzungen führten zur Verhaftung von vier führenden Mitgliedern der Volksvertretung Mitte August, unter denen sich der frühere Regierungschef S. B. Thapa befindet. Als Folge eines Streiks der nepalesischen Studenten zugunsten der Oppositionellen wurde Ende August die Universität des Landes geschlossen (vgl. FEER NR. 27, 29, 36/1972). Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß sich die Forderungen der Opposition eindeutig gegen Ministerpräsident Bista, nicht aber gegen den König richten. Die Politik König Birendras ist, soweit bisher erkennbar, vor allem auf die Reform des Verwaltungsapparates und den wirtschaftlichen Fortschritt ausgerichtet, wobei er hart gegen Korruption und Nachlässigkeit vorgeht.

Außenpolitik

Allgemein. In einer Rede vor der Nationalversammlung führte König Birendra am 26. Juni zur Außenpolitik aus, daß Nepal die Politik des Non-Alignment auf der Basis von Gleichheit, Unabhängigkeit, Souveränität, territorialer Integrität und friedlicher Koexistenz mit allen Staaten und insbesondere den Nachbarstaaten fortsetzen werde (SWBFE 4026).

Zwei Maßnahmen der Regierung von Anfang Juni – die Einstellung des Paketverkehrs nach China und Nordkorea sowie die Schließung aller Büchereien und Lesestuben in Nepal – die offiziell nicht begründet wurden, weisen darauf hin, daß Nepal damit das Eindringen von Propagandamaterial in das Land unter Kontrolle bringen möchte (AIR 7. 6. 72, SWBFE 4016).

Indien. Am 16. Juli traf Indiens Außenminister Kaul zu einem dreitägigen Besuch in Kathmandu ein, um die Regierung über die Ergebnisse des Gipfeltreffens mit Pakistan zu unterrichten (SWBFE 4045). Die Anfang Juli getroffene Entscheidung Indiens, das seit 1962 bestehende Abkommen mit den USA, einen Teil des amerikanischen Rupien-Fonds in Indien an Nepal zu transferieren, nicht zu erneuern, gefährdet das USAID-Programm (jährlich sechs Mio US-Dollar), das aus diesem Fonds, der mittlerweile auf ca. 5 Mia US-Dollar angewachsen ist, finanziert wird. Mit dieser Maßnahme möchte Indien erreichen, daß die USA Nepal künftig mit harter Währung unterstützen (JAT 25. 7. 72). Zur Entwicklung des bilateralen und Transithandels räumte Indien Nepal im Rahmen des Handels- und Transitvertrages von 1971 weitere Rechte ein, die u. a. zusätzlichen Lagerraum in Kalkutta für den nepalesischen Überseehandel, weitere Transitrouten und zusätzliche Eisenbahnwaggons für den Warentransport nach Nepal vorsehen (SCMP 31. 7. 72).

In der Nacht vom 24. August ereignete sich ein bewaffneter Zwischenfall an der Grenze zu Indien, als ca. 100 Männer eine nepalesische Polizeistation angriffen. Ein offizieller Sprecher des indischen Außenministeriums erklärte dazu, daß alle an Nepal angrenzenden Unionsstaaten angewiesen worden seien, die Überwachung der Grenzen zu verschärfen und daß Indien „antinepalesischen“ Elementen keine Zuflucht gewähren würde (SWBFE 4079).

Sonstige. Der Besuch des Außenministers von **B a n g l a D e s h**, Abdus Samad Azad, Mitte Juni, war der erste direkte Kontakt zwischen den beiden Staaten. Beide Staaten vereinbarten ein Handelsabkommen sowie die Einrichtung einer Flugverbindung zwischen Dacca und Kathmandu und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen (FEER Nr. 27/72, SWBFE 4016).

Ein Abkommen über den gegenseitigen Nachrichtenaustausch mit den USA wurde am 21. Juli zwischen der „Associated Press“ und der „Rashtriya Samachar Sammetee“ unterzeichnet (Radio Kathmandu 21. 7. 72).

Mit der **U d S S R** wurde am 15. August ein Programm für den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch im laufenden Jahr unterzeichnet (MD 15. 8. 1972).

4. Bangla Desh

a) Innenpolitik

Die innenpolitische Situation, gekennzeichnet von wirtschaftlichen Problemen, der Bihari-Frage und einer allgemeinen Instabilität, hat sich in den letzten Monaten weiter verschärft. Vordringliches Problem sind die instabilen Verhältnisse im wirtschaftlichen Bereich, wofür eine Gruppe innerhalb der Bevölkerung, die „gegen die Interessen des Volkes konspiriert“, verantwortlich gemacht wird. Mujibur Rahman gab der Entschlossenheit Ausdruck, die Tätigkeit dieser Gruppen so schnell wie möglich zu unterbinden (SWBFE 4006). Am 7. Juni verkündete Mujibur eine 15tägige Frist, um schärfste Maßnahmen gegen „asoziale Elemente“ einzuleiten, zu denen er auch Schwarzhändler und Schmuggler zählte. Gleichzeitig forderte er die Führer aller Parteien auf, gegen Mitglieder vorzugehen, die sich der Korruption schuldig gemacht haben, wobei er auf sein Vorgehen gegen 27 Abgeordnete verwies (SWBFE 4010).

Anfang Juni wurde bekannt, daß bei Auseinandersetzungen in Bangla Desh in den letzten beiden Monaten über 100 Menschen getötet, zahlreiche Waffen beschlagnahmt und über 50 Personen verhaftet wurden (SWBFE 4009). Am 22. Juni wurde eine 1200 Mann starke „Nationale Sicherheitstruppe“ gegründet, deren Aufgabe die Bekämpfung „antisozialer Ele-

mente“ ist (Dawn 23. 6. 72). Bis zum 23. Juni 16 Uhr hatten alle, die sich fremde Häuser angeeignet hatten, diese zu verlassen, andernfalls die Sicherheitstruppe einschreiten würde (SWBFE 4024). In mehreren Aktionen gegen „antisoziale Elemente“ wurden bis Mitte Juli 4900 Personen verhaftet, Waffen sowie Waren im Werte von mehreren Tausend Dollar beschlagnahmt (JAT 13. 7. 72).

Ein anderes Problem stellen die maoistischen Linksextremisten dar, gegen die in sieben bengalischen Bezirken Anfang Juni Maßnahmen eingeleitet wurden. Scheich Mujibur kritisiert die extreme Linke vor allem wegen ihrer anti-indischen Haltung und forderte sie auf, zwischen Bangla Desh und anderen Ländern „keine Zwietracht“ zu säen (JAT 9. 7. 72).

Die Kriegsverbrecherprozesse wurden auf unbestimmte Zeit verschoben, wofür als Grund die durch das indisch-pakistanische Abkommen geschaffene gute Atmosphäre angegeben wurde (JAT 11. 7. 72). Zweifellos trug zu diesem Entschluß auch der Bericht der Internationalen Juristenkommission (CIJ) bei, der zahlreiche Verbrechen gegen das Völkerrecht in Bangla Desh feststellte. Die Vereinten Nationen wurden in diesem Zusammenhang beschuldigt, ihre Möglichkeiten nicht genutzt zu haben. Über eventuelle Kriegsverbrecherprozesse wird ausgeführt, daß diese vor einem internationalen Gericht mit Richtern aus neutralen Ländern erfolgen sollten (NZZ 1. 7. 72).

Die Bihari-Frage ist von einer Lösung weiter denn je entfernt (vgl. IASF S. 458). Schätzungen zufolge sind von den drei bis fünf Mio Bihari nur etwa 750 000 übriggeblieben, die in Lagern untergebracht sind (vgl. NZZ 10. 6., 15. 6., 15. 7. 72).

Die Ernährungslage ist besonders in den nördlichen Distrikten besorgniserregend. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen benötigt Bangla Desh in den nächsten Monaten 2,8 Mio Tonnen Importgetreide, um eine ernste Krise abzuwenden (Dawn 19. 7. 72).

Trotz des Glaubens der Bevölkerung an Scheich Mujibur steigt die Unzufriedenheit mit der Awami-Liga (NAP), da das für die Bevölkerung bestimmte Geld meist in andere Taschen geht (Dawn 23. 7. 72). Der Führer des pro-chinesischen Flügel der NAP, M. Bhashani, warnte davor, daß ein Andauern der gegenwärtigen Lage zu einer spontanen Revolution führen und Bangla Desh „in ein zweites Vietnam“ führen könnte. Gleichzeitig äußerte er Zweifel an der Fähigkeit Mujiburs, der Situation Herr zu werden, da er einfach nicht fähig sei, eine Politik zu verfolgen, die die Probleme des Landes löst (Dawn 31. 7. 72).

b) Wirtschaftspolitik

Das Hauptproblem ist noch immer die Bekämpfung des Hungers, insbesondere im Nordwesten des Landes. Diesem Hauptziel dient die gegenwärtig von den Vereinten Nationen unter der Bezeichnung „United Nations Relief Operation for the Dacca Area“ (UNROD) durchgeführte Hilfsaktion, die größte dieser Art in der Geschichte der UNO. UN-Schätzungen zufolge benötigt Bangla Desh bis Ende dieses Jahres mindestens 630 Mio US-Dollar, um die Versorgung mit Getreide sowie ein Minimum an sozialer Hilfe zu garantieren sowie Landwirtschaft und Industrie zu stimulieren. Als größte Schwierigkeit in diesem Zusammenhang erwies sich die Instandsetzung der Transportwege (NZZ 17. 6. 72). Im Rahmen dieser Bemühungen wurde der Hafen von Chittagong von versenkten Schiffen geräumt, die die Aufnahmekapazität beträchtlich vermindert hatten. Am 22. Juli wurde in Dacca ein Protokoll mit der UdSSR über die Beendigung der Bergungsarbeiten unterzeichnet (Tass 22. 7. 72); außerdem wurde ein Entwicklungsplan für den Hafen vorgelegt, demzufolge bis Ende des Jahres 6,84 Mio Taka zum Ausbau des Hafens zur Verfügung gestellt werden (SWBFEW 688). Auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens wurden Anstrengungen unternommen um den Betrieb zu normalisieren, wofür die Regierung für das Jahr 1972/73 240 Mio Taka zur Verfügung stellte. Einer Meldung der ostdeutschen Agentur ADN zufolge waren Ende Juni bereits 285 der 300 wichtigsten Eisenbahnbrücken wieder aufgebaut worden (ADN 30. 6. 72). Die unter a) erwähnte soziale Unrast beeinträchtigte auch den wirtschaftlichen Sektor in erheblichem Umfang, wobei Meldungen über Streiks und Gewaltakte von Arbeitern ein Ausmaß annahmen, die die Regierung zu einem Präsidialerlaß veranlaßten, der in den verstaatlichten Betrieben Streiks, Erpressungen, Drohungen und Unterbrechung von Telefonleitungen sowie der Wasser- und der Stromversorgung untersagte (SWBFE 4007).

Daneben wurden eine Reihe von Maßnahmen zur Normalisierung des Wirtschaftslebens ergriffen. Dazu gehört die Verstaatlichung der Jute-Industrie mit Wirkung vom 1. Juli 1972

(SWBFEW 676), am 8. August folgten die Lebensversicherungen, wovon die ausländischen Gesellschaften ausgenommen blieben (SWBFE 4063, Tass 9. 8. 72).

Am 30. Juni wurde von Finanzminister Tajuddin Ahmed der Haushaltsplan für 1972/73 bekanntgegeben, der einen Umfang von 728,5 Mio US-Dollar (2853,8 Mio Taka) hat. Sein Schwergewicht liegt auf der Landwirtschaft, für die 1,47 Mio der 455 Mio Dollar des Entwicklungsprogramms vorgesehen sind.

Der Wirtschaftsplan soll die Grundlage für den ersten Fünf-Jahres-Plan Bangla Deshs darstellen und der „erste Schritt auf dem Wege zum Sozialismus“ sein, obwohl er nicht vorwiegend entwicklungsorientiert sein kann, da eine Reihe von grundlegenden Beschränkungen berücksichtigt werden mußten (SWBFE 4036).

Am 17. August trat das Gesetz zur Beschränkung vom Grundgesetz in Kraft, nach dem eine Familie höchstens 25 ha Agrarland besitzen darf und Bauern mit weniger als 6,25 ha von der Steuer befreit sind (Tass 17. 8. 1972). Das Gesetz ist ein Teil der Bodenreform, in deren Rahmen 160 000 ha an arme oder mittellose Bauern verteilt werden sollen. Die Reform sieht eine Aufteilung der großen Ländereien vor, Endziel ist der Zusammenschluß zu Genossenschaftsfarmen (Tass 5. 8. 72, SWBFE 4061).

c) Außenpolitik

Allgemein:

Eine Reihe weiterer Staaten gaben offiziell die Anerkennung Bangla Deshs bekannt: Rumänien am 28. Juni, (AFP 28. 6. 72), als erstes islamisches Land folgte der Iran am 8. Juli (JAT 10. 7. 72), was insofern von Bedeutung ist, als die islamischen Staaten bisher eine ausgesprochen propakistanische Haltung geübt hatten. Tansania anerkannte Dacca am 12. Juli (Dawn 13. 7. 72), am 21. Juli folgte Malta (SWBFE 4049), aus Lateinamerika kamen Peru und Guatemala am 1. August (Pr. Lat. 1. 8., SWBFE 4057), Bolivien am 5. August (SWBFE 4062) hinzu.

Auch der Beitritt zu internationalen Organisationen setzte sich fort: Bangla Desh wurde 21. Mitglied des Internationalen Weltwährungsfonds (IMF), 118. Mitglied der Weltbank und 109. Mitglied der International Development Association (IDA) (AFP 17. 8. 72). Außerdem erfolgte die Aufnahme in die Internationale Gewerkschaftsorganisation (ILO) (Tass 23. 6. 72). Im Gegensatz dazu erklärte Außenminister A. S. Azad, daß Bangla Desh an einer Mitgliedschaft in der SEATO nicht interessiert sei (JAT 25. 7. 72).

Am 8. August stellte Bangla Desh seinen offiziellen Antrag zur Aufnahme in die Vereinten Nationen (AFP 8. 8. 72), der auch von den USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreich befürwortet wurde, doch legte die VR China unter Hinweis auf die UN-Resolutionen vom 7. und 21. Dezember 1971 ihr Veto ein (vgl. dazu VR China/Außenpolitik).

Asien. Die Beziehungen zu Indien sind auch weiterhin von entscheidender Bedeutung. Neben Kontakten auf höchster Ebene über wirtschaftliche Kooperation — eine erste Gesprächsrunde der Finanzminister endete am 9. Juni in Delhi (SWBFE 4013) — bestehen auf allen Gebieten der praktischen Politik enge Kontakte. Am 11. Juni beschlossen beide Staaten, eine gemeinsame Hochschulkommission zu bilden (SWBFEW 678) und am 23. Juli wurde ein Kulturabkommen ausgearbeitet (Dawn 23. 7. 72). Am 10. Juni erfolgte in Kalkutta die Übergabe eines indischen Hochseeschiffes (12 818 BRT) (Dawn 12. 6. 72), Mitte Juni wurde eine erste Lieferung von 9800 t Öl (im Rahmen eines Abkommens mit einem Umfang von 200 000 t) nach Kalkutta transportiert (SWBFEW 678). Mitte Juli lieferte Indien weitere 50 000 t Weizen an die nördlichen Gebiete Bangla Deshs, womit seine Nahrungsmittelhilfe auf 700 000 t anstieg (Dawn 19. 7. 72). Diskussionen über die Exportpreise von Jute, mit einem Anteil von 90% Hauptdevisenbringer, wurden durch einen Vergleich, die internationalen Preise heranzuziehen, Anfang August beigelegt (Dawn 22. 7. 72, SWBFEW 686).

Die politischen Beziehungen waren nach offiziellen Angaben von einem „tiefen Verständnis“ gekennzeichnet. Dacca wurde von Indien über die Einzelheiten des Abkommens mit Pakistan unterrichtet, das es „begrüßte“ (ADN 3. 7. 72). Frau Gandhi führte zum Verhältnis zu Bangla Desh aus, daß dieses durch irgendwelche Veränderungen in den Beziehungen zu Pakistan nicht beeinflußt würde, bot sich gleichzeitig als Vermittler zwischen beiden an (SWBFE 4061). In den Beziehungen zu Pakistan ergab sich keine Veränderung: Beide Seiten beschuldigen sich nach wie vor u. a. wegen der Behandlung der Bengali in Westpakistan und der paki-

stanischen Kriegsgefangenen in Bangla Desh. Bezüglich der Frage eines Gipfeltreffens zwischen Rahman und Bhutto ist Bangla Desh nach wie vor dazu nur bereit, wenn Paistan zuvor Bangla Desh als „unabhängigen und souveränen Staat“ anerkannt hat (NZZ 29. 8. 72)

Vom 13. bis 17. Juni besuchte Außenminister Abdus Samad N e p a l, wo er über den Abschluß eines Handelsabkommens und die Eröffnung einer Flugroute zwischen beiden Hauptstädten verhandelte. Außerdem wurde für den Transithandel eine Landroute vereinbart (SWBFE 4007, 4015, 4019).

Vom 4. bis 6. Juni besuchte Samad M a l a y s i a, wo er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Kooperation auf wirtschaftlich-technischem Gebiet vereinbarte (Kommuniqué in SWBFE 4009). Vom 6. bis 8. Juni hielt er sich in S i n g a p u r auf, wo er ebenfalls die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und eine Vereinbarung über die Kooperation auf wirtschaftlich und technischem Gebiet traf (WBFE 4013). Zu einem fünftägigen Besuch reiste Samad am 18. Juli nach I n d o n e s i e n. In einem gemeinsamen Abschluß-Kommuniqué (Text SWBFE 4050) begrüßte auch Indonesien das Abkommen von Simla, während Samad seiner Befriedigung Ausdruck gab, daß es Pakistan nicht gelungen sei, Bangla Desh in eine „politische Isolierung“ zu bringen (Radio Bangla Desh 26. 7. 72). Am 22. Juli reiste Samad nach Thailand weiter, wo er neben der Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Förderung der Handelsbeziehungen besprach (SWBFE 4052, Dawn 24.—26. 7. 72).

Sozialistische Staaten. Nach wie vor zeigte sich die U d S S R um Bangla Desh bemüht. Am 7. Juli wurden in Dacca drei Abkommen über die Errichtung von acht Rundfunkstationen unterzeichnet (SWBFEW 684, TASS 17. 7. 72), am 20. Juli folgte ein Abkommen über den Bau einer Manufakturfabrik, die bis 1975 in der Nähe von Chittagong gebaut werden soll (SWBFEW 683). Vom 26. Juli bis 4. August besuchte eine Delegation der KP Bangla Desh auf Einladung des ZK der KPdSU die Sowjetunion. In dem gemeinsamen Kommuniqué wurde besonders die Rolle der KPdSU bei den „blutigen Repressalien gegenüber dem Volk von Bangla Desh“ herausgestellt. (Radio Moskau 8. 8. 72).

P o l e n, die C S S R und B u l g a r i e n machten nach Angaben von Handelsminister M. R. Siddki Kreditzusagen in Höhe von 35 Mio engl. Pfund, wovon auf Polen 15 Mio, und die beiden anderen Staaten je 10 Mio Pfund entfallen (SWBFEW 682). Mit B u l g a r i e n wurde am 12. August eine Vereinbarung über Zusammenarbeit auf dem landwirtschaftlichen Gebiet getroffen (SWB-FEW 686, 687). Vom 26. bis 29. Juni hielt sich Siddki in der C S S R auf, wo er u. a. die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit erörterte (CTK 30. 6. 72).

Vom 20. bis 27. Juli besuchte eine sechsköpfige Handelsdelegation aus der D D R Dacca, wo sie am 24. Juli ein Handelsabkommen für die nächsten vier Jahre unterzeichnete, das den Import von Dampfmaschinen, Bewässerungsanlagen etc. im Austausch für Jute, Tee und Kopra vorsieht (ADN 24. 7. 72, SWBFEW 684).

Mit P o l e n wurde am 22. Juni ein langfristiges Handelsabkommen abgeschlossen, außerdem ein Zusatzprotokoll für den Handel 1972. Im Austausch für Naturalien wird Bangla Desh Schwefel, Pflanzenschutzmittel sowie Baumaschinen importieren (Dawn 23. 6. 72, SWBFEW 678).

R u m ä n i e n anerkannte Bangla Desh am 28. Juni (Agerpres 28. 6. 72); am 5. August wurde ein dreijähriges Handelsabkommen mit einem Umfang von 1,9 Mio engl. Pfund vereinbart. Bangla Desh wird insbesondere elektrische Ausrüstungen, Motorfahrzeuge und Aluminium importieren (TASS 5. 8. 72). Am 23. August folgte ein Kreditabkommen für den Kauf von 2000 Eisenbahnwaggonen in Höhe von ca. 9 Mio Dollar (SWBFEW 688).

Europa. Neben den Kontakten zu den einzelnen Staaten Westeuropas wandte sich Bangla Desh auch an die EWG direkt mit der Bitte um Entgegenkommen beim Absatz seiner Produkte (IAT 2. 8. 72). Die Hilfe der B u n d e s r e p u b l i k besteht u. a. in zwei Geldgeschenken in Höhe von 7 bzw. 15 Mio DM, die am 31. Mai bzw. am 10. Juni gewährt wurden und die zum Teil direkt, zum anderen Teil über die UNO ausbezahlt wurden (SWBFEW 676, 678). Am 15. Juli wurde ein Abkommen über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet (SWBFEW 682). Am 31. August traf Minister Lurul Islam zu einem Gespräch mit Minister Eppler in Bonn zusammen, wobei er um Soforthilfe für dringend benötigte Einfuhren nachsuchte (NZZ 2. 9. 72).

Mit D ä n e m a r k wurde am 31. Juni ein Abkommen über ein zinsloses Darlehen in Höhe von 13 Mio Kronen unterzeichnet, das eine Laufzeit von 25 Jahren hat (SWBFEW 678); am 26.

August folgte ein Abkommen über Handelsaustausch und technische Zusammenarbeit für fünf Jahre (SWBFEW 638).

Der Außenminister Großbritanniens, Sir Alec Douglas Home, traf am 24. Juni zu einem zweitägigen Besuch in Bangla Desh ein, wo er u. a. mit Ministerpräsidenten Rahman und Außenminister Samad zusammentraf und sich bereit erklärte, weitere 3 Mio engl. Pfund zur Verfügung zu stellen (SWBFE 4024, 4025).

Amerika. Mit den USA wurde am 29. Mai ein erstes bilaterales Hilfsabkommen in Höhe von 90 Mio US-Dollar vereinbart, das für den Wiederaufbau bestimmt ist (JAT 1. 6. 72). Darüber hinaus sagten die USA ihre Hilfe für den Bau eines Flughafens in Dacca zu, wofür im nächsten Finanzjahr 200 Mio US-Dollar zur Verfügung gestellt werden (SWBFEW 678, 13. 6. 72). zusätzliche Hilfe wird über die „Agency for International Development“ (AID) in Höhe von 47 Mio US-Dollar geleistet, womit die Gesamthilfe der USA seit Februar 264 Mio US-Dollar beträgt (Dawn 27. 6. 72). Am 3. Juli traf der Sonderbotschafter Nixons, John Conally, in Dacca ein, wo er mit Rahman konferierte (JAT 4. 7. 72) – begleitet von Rundfunkkommentaren über die „traurige Rolle“ der USA im Konflikt mit Pakistan (SWBFE 4036).

Kanada gab weitere 3 Mio Dollar für den Verkauf und die Lieferung von Weizen an Bangla Desh frei, womit sich seine Nahrungsmittelhilfe auf 24,6 Mio Dollar beläuft; weitere 27 Mio wurden als Entwicklungshilfe zugesagt (Dawn 30. 6. 72, JAT 16. 7. 72).

Sonstige. Der Irak anerkannte am 29. August Bangla Desh (NZZ 31. 8. 72); am 28. August traf Außenminister Samad zu einem dreitägigen Besuch in Bagdad ein, von dem sich Bangla Desh den „Beginn der Normalisierung zu den arabischen Staaten“ versprach (Radio Bangla Desh 28. 8. 72, SWBFE 4078).

Die Demokratische Volksrepublik Yemen vollzog als zweiter arabischer Staat die Anerkennung am 31. Juli (AFP 31. 7. 72).

5. Pakistan

a) Innenpolitik

Trotz des geschickten Taktierens von Präsident Bhutto ist ein Ende der innenpolitischen Schwierigkeiten vorerst nicht absehbar. Neben Unruhen im Zusammenhang mit Industriearbeiterstreiks kam es zu Auseinandersetzungen um das Abkommen mit Indien, das Sprachenproblem sowie die Landreform.

Die Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Polizei in Karatschi und im Norden Pakistans von Anfang Juni hatten primär arbeitspolitische Motive (SWBFE 4011, 4013), sind jedoch auch in Verbindung mit dem Sprachenproblem zu sehen (SWBFE 4013, 4015). Ende Juni wurde die Beendigung des Streiks gemeldet, ohne daß sich die Lage normalisiert hätte (Dawn 30. 6. 72).

Die Verhandlungen mit Indien wurden von allen Parteien beraten, wobei Bhutto nicht nur eine Vertrauensabstimmung seiner Partei am 12. Juni gewann (JAT 14. 6. 72), sondern auch die Unterstützung der Opposition durch ihre Führer Abdul Wali Khan (NAP) und Mufti Mahmood (JUI) erhielt (Dawn 24. 6. 72). Unmittelbar vor den Gesprächen erklärte Bhutto, daß Pakistan „keinem Druck nachgeben werde“ und daß die Gespräche „unter keinen Umständen gegen die Solidarität und Ehre Pakistans“ gerichtet seien (Radio Pakistan 27. 6. 72). Die Ergebnisse des Gipfeltreffens (vgl. Pakistan/Indien) wurden vom Parlament und auch von der NAP gebilligt (Dawn 10. 7., 28. 7. 72).

Zu einer ersten Bedrohung der innenpolitischen Situation wurde das Sprachenproblem, das sich am Beschluß des Parlamentes der Provinz Sind entzündet hatte, der Sindhi zur Provinzsprache machte (SWBFE 4036). In allen Teilen der Provinz, vor allem in Karatschi, kam es daraufhin zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Sprachengruppen, die Tote und Verletzte forderte, eine Pressezensur und ein Eingreifen Präsident Bhuttos nach sich zog (SWBFE 4042, 4041, NZZ 15. 7. 72). Bhutto schrieb die Unruhen „volksfeindlichen Elementen“ zu, deren Ziel es sei, „Chaos im Lande“ hervorzurufen. Am 21. Juli gab die Provinzregierung die Bestimmungen zur Sprachenregelung bekannt, die zwischen Vertretern der Sindhi- und Urdu-sprechenden Parteien getroffen wurden. Danach ist 1. die Sprache Sindhi in der Provinz Sind anzuwenden, zu lehren und zu fördern,

2. Personen des öffentlichen Dienstes dürfen aufgrund ihrer sprachlichen Zugehörigkeit nicht benachteiligt werden, 3. Urdu bleibt weiterhin Landessprache (SWBFE 4048, Dawn 22. 7. 72).

Am 22. Juli wurde die Pressezensur aufgehoben (SWBFE 4049), doch war die sich einstellende Beruhigung zeitlich begrenzt, wie neue Unruhen, Anfang August bewiesen (SZ 9. 8., 10. 8. 72). Die in diesem Zusammenhang erneut erhobenen Forderung nach der Schaffung eines eigenen Sind-Staates wurde von Bhutto entschieden zurückgewiesen (SWBFE 4055).

Am 28. Juli faßte die Regierung den Beschluß, ab 1974 das metrische System einzuführen und es 4½ Jahre lang zu erproben (SWBFE 684). Erziehungsminister Pirzada erklärte am 1. August, daß das Verbot der Kommunistischen Partei Pakistans, das 1954 ausgesprochen war, aufgehoben sei (SWBFE 4066, AFP 11. 8. 72).

Am 12. August wurde eine Gesetzesreform erlassen, die das Versprechen der Regierung erfüllte, die Legislative von der Exekutive zu trennen (SWBFE 4057). Der Verfassungsentwurf, der ursprünglich am 14. August vorgelegt werden sollte, wird erst Anfang 1973 vorliegen, nachdem die Nationalversammlung die Frist bis zum 31. Dezember verlängerte (MD 19. 7., 16. 8. 72). Am 22. August erließ Bhutto grundlegende Reformen in den nördlichen Gebieten von Gilgit und Baltistan, die das Feudalsystem abschaffen sollen (MD 23. 8. 72, SWBFE 4076).

b) Wirtschaftspolitik

Nach der erfolgten Abwertung am 11. Mai (vgl. IASF 3/72 S. 463) setzte die westliche Finanzhilfe in vollem Umfang ein; von den Mitgliedern des „Aid-to-Pakistan Konsortiums“; wurden Hilfsmittel in Höhe von 180 Mio. US-Dollar angeündigt (SWBFE 677). Am 17. Juni wurde von Finanzminister M. Hassan der neue Haushaltsplan vorgelegt, der von einem Höchstmaß an ausländischer Unterstützung ausgeht. Für das am 1. Juli beginnende Rechnungsjahr 1972/73 sind Gesamtausgaben in Höhe von 4,15 Mio Rupien vorgesehen, die zu 72,5% von Krediten getragen werden sollen, während an Eigenmitteln nur 690 Mio Rupien zu Verfügung stehen. Mehreinnahmen sollen durch Steuer- und Zollerhöhungen erzielt werden. Eine zusätzliche Belastung ist das Defizit des Finanzjahres 71/72 mit 2,16 Mia Rupien (statt 1,13 Mia Rupien Überschuß). Die erhoffte Entwicklungshilfe soll dem Landwirtschafts- und Energiesektor, einem Arbeitsbeschaffungsprogramm, dem städtischen Transportwesen und dem Wohnungsbau zugute kommen. Nach Hassan liegen den neuen Steuermaßnahmen drei Ziele zu Grunde: 1. Steuerzahler in niedrigen Einkommensgruppen sollen weniger belastet werden, 2. der Rückgriff auf indirekte Steuern soll so klein wie möglich bemessen sein, 3. die Berechnungsgrundlage für die Steuern soll vereinfacht werden (alle Angaben NZZ 25. 7. 72 SWBFE 678).

Die starke Berücksichtigung der Rüstungsindustrie ist u. a. auf den 1969 begonnenen Fünf-Jahres-Plan für die Rüstung zurückzuführen, mit dem Pakistan bis 1974/75 die Selbstversorgung in der Produktion von Waffen und Munition erreichen will. Der Plan sieht die Errichtung von vier Rüstungsbetrieben vor, u. a. eine für Panzerabwehrmunition. Seit der Suspendierung der Auslandshilfe 1965 ist die Rüstungsproduktion beträchtlich gesteigert worden, wodurch Devisen in Höhe von 1 Mia Rupien eingespart werden konnten (Dawn 1. 8. 72).

c) Außenpolitik

Allgemein. Während der Parlamentsdebatte über das Abkommen von Simla erklärte Bhutto am 15. Juli, daß Pakistan bereits seit Januar aus der SEATO ausgetreten sei (NZZ 17. 7. 72) während die SEATO selbst meldete, daß bisher keine entsprechende Erklärung Bhuttos eingegangen sei (JAT 18. 7. 72). Im Hinblick auf den CENTO-Pakt beschloß Pakistan, seine Partnerschaft wiederaufzunehmen (Dawn 8. 6. 72). Bhutto führte dazu in einer Pressekonferenz u. a. aus, daß Pakistan den Pakt „sofort verlassen wird . . . wenn Indien das im August (1971) geschlossene Abkommen mit der Sowjetunion aufkündigt“. Gleichzeitig machte er deutlich, daß sich die Mitgliedschaft in der CENTO nicht gegen die Sowjetunion oder China richte (Radio Teheran 10. 6., MD 12. 6. 72).

Asien. In den Beziehungen zu **B a n g l a D e s h** ergab sich keine Veränderung. Bhutto erklärte am 14. August vor der Nationalversammlung, daß die Tatsache der „Trennung des islamischen Bengalen nicht geleugnet werden kann. Was Pakistan jetzt tun muß, ist die Folgen dieser Trennung genau zu prüfen“ (SWBFE 4068). Dies bedeutet eine deutliche Hinwendung

Pakistans zur „Anerkennung der Realitäten“ (vgl. auch Bangla Desh/Außenpolitik). Indonesiens Außenminister Malik hielt sich vom 28. Mai bis 1. Juni in Pakistan zur Teilnahme an der 4. IPECC-Sitzung auf, wo er auch mit Bhutto zusammentraf. In einem gemeinsamen Kommuniqué forderten beide Seiten den „baldigen beiderseitigen Truppenrückzug hinter die Waffenstillstandslinie in Jammu und Kaschmir“ (JAT 3. 6. 72). Ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Reiseverkehr wurde Anfang Juli mit Sri Lanka geschlossen (Dawn 4. 6. 72). Mit der Mongolischen VR wurde am 6. August die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschlossen (SWBFE 4065).

Sonstige. Vom 23. bis 24. Juni hielten sich der Generalsekretär des Außenministeriums, Aziz Ahmad, in der UdSSR auf, wo er Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko über die Haltung Pakistans beim Gipfelgespräch mit Indien unterrichtete (Dawn 25. 6. 72). Sowjetischen Angaben zufolge soll die Hilfe Moskaus für Pakistan, die seit Dezember letzten Jahres unterbrochen war, wieder aufgenommen werden (SWBFE 683, 685). Rumänien eröffnete am 7. Juli in Rawalpindi eine Freundschaftsausstellung (SWBFE 4037), mit Albanien wurde am 1. Juli eine Luftfahrtabkommen unterzeichnet (ATA 1. 7. 72). Der Sonderbotschafter Nixons, J. Conally, traf am 5. Juli zu einem zweitägigen Besuch in Rawalpindi ein, wo er Gespräche über die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Fragen der praktischen Politik führte. In bezug auf die Militärhilfe der USA für Pakistan und Indien erklärte er, daß sie vorerst nicht wieder aufgenommen würde (JAT 7. 7. 72).

Eine Rundreise führte Anfang Juni Bhutto durch dreizehn mittelöstliche und afrikanische Staaten, die er als Vorbereitung des Gipfeltreffens mit Indien angetreten hatte. Die letzte Station war der Iran, wo er mit dem Schah die jüngsten Entwicklungen in Südasien besprach und von diesem in seinem Anspruch unterstützt wurde (MD 12. 6. 72). Der Außenminister der Türkei, Haluk Bayuleken, traf am 11. Juli zu einem viertägigen Besuch in Pakistan ein, wo er bilaterale, regionale und internationale Fragen besprach. Ein gemeinsames Kommuniqué enthielt die Übereinstimmung, daß die „Sicherheit und die Stabilität des Persischen Golfes von vitaler Bedeutung für die Anliegerstaaten“ sei und daß diese „ohne fremde Einmischung“ aufrechterhalten werden sollte (SWBFE 4040, 4043).

6. Indien

a) Innenpolitik

Nach dem Rücktritt der Koalitionsregierung im westindischen Bundesstaat Orissa am 9. Juni als Folge des Zusammenschlusses des Utkal-Kongreß mit der Kongreß-Partei wurde Frau Nandini Satpathy am 14. Juni als Chefminister vereidigt (SWBFE 4013, 4016). Damit sind Manipur und Tamil Nadu die einzigen Bundesländer, in denen die Partei Indira Gandhis nicht wenigstens indirekt die Regierungskontrolle ausübt; die Umbildung ist auf Bestrebungen Frau Gandhis zurückzuführen. Frau Satpathy ist 42 Jahre alt und gilt als Repräsentantin des ultralinken Flügels (NZZ 286, 72).

Am 20. Juni wurde das Ergebnis einer Bevölkerungszählung bekanntgegeben, wonach Indien am 1. April 1971 547,9 Mio Einwohner hatte; 24,8% mehr als 1961. Von ihnen sind 283,9 Mio Männer und 264 Mio Frauen, 82,72% von ihnen sind Hindus, 11,2% Moslems, 2,6% Christen und 1,89% Sikhs (SWBFE 4021).

In Tamil Nadu kam es Anfang Juli zu Zusammenstößen zwischen Bauern und der Polizei, bei denen es mehrere Tote und Verletzte gab; die Unruhen wurden am 13. Juli durch eine Übereinkunft beendet, derzufolge die Forderungen der Bauern angehört, alle Verhafteten freigelassen und die Angehörigen der Opfer eine Entschädigung erhalten (SWBFE 4034, 4036). Im Kampf gegen die Naxaliten in Westbengalen gelang der Regierung mit der Festnahme ihres Anführers Charu Majumdar am 16. Juli in Kalkutta ein entscheidender Schlag. Offiziellen Angaben nach befinden sich ca. 8000 Naxaliten in Untersuchungshaft, darunter die meisten ihrer Führer; Majumdar starb am 28. Juli in einem Krankenhaus in Kalkutta (SWBFE 4043, 4053, NZZ 29. 7. 72).

In einer Ansprache zum 25. Jahrestag der Unabhängigkeit Indiens betonte Frau Gandhi, daß Indien die eigentliche Unabhängigkeit noch nicht gewonnen habe; diese sei erst dann erreicht, wenn jeder Inder „moralische, wirtschaftliche und soziale Freiheit“ habe. Sie forderte die

Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Nation durch den Einsatz aller Kräfte und verurteilte alle Versuche, innenpolitische Konflikte zu provozieren (SWBFE 4066, 4069). Eine Reform des Bildungswesens kündigte Erziehungsminister Nurul Hassan am 23. August an. Sie sieht für die Altersgruppe von 6 bis 14 Jahren eine Universalausbildung vor, wobei von der 1. bis 8. Klasse „Arbeitserfahrung“ Bestandteil der Erziehung sein soll, in der 9. und 10. Klasse soll die Unterrichtung in einem Handwerk obligatorisch werden (ISI 23. 8. 72). Gleichzeitig wurde von der Regierung ein Sonderprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen gebilligt, das jährlich etwa 370 000 Menschen Arbeit geben soll. (AIR 27. 8. 72). Am 29. August wurde von beiden Häusern des Parlaments der Gesetzentwurf zur Abschaffung der Privilegien der früheren Fürsten verabschiedet; der Entwurf, der auf einem am 31. Dezember 1971 in Kraft getretenen Verfassungszusatz beruht, der die 278 Maharadschas zu gewöhnlichen Staatsbürgern erklärt, sieht Übergangsregelungen mit Entschädigungen in Höhe von etwa 45 Mio DM vor. Die Maharadschas haben dagegen Verfassungsbeschwerden eingereicht, über die am 23. Oktober die Beweisaufnahme eröffnet wird.

b) Wirtschaftspolitik

Die Chefminister der Bundestaaten kamen am 23. Juli überein, die Gesetze über die Bodenreform bis zum 31. Dezember 1972 zu verwirklichen. Danach werden bei der Aufteilung des Bodens drei Kategorien zugrunde gelegt: Höchstmaße für Grundstücke mit einem Bewässerungssystem und zwei Ernten jährlich sind 10 bis 18 Morgen, für solche mit Bewässerungssystem und einer Ernte jährlich 27, trockenes Land und Obstgärten 54 Morgen (SWBFE 4049, AIR 23. 7. 72). Trotz dieser exakten Daten muß daran gezweifelt werden, ob diese sich auch verwirklichen lassen, zumal die Auseinandersetzungen darüber bis tief in die Reihen der Kongreß-Partei reichen. Da die Reform in die Zuständigkeit der Regierungen der einzelnen Unionsstaaten fällt, ist von vornherein eine einheitliche Auslegung nicht gewährleistet. Hauptstreitpunkt ist die Definition des „bewässerten Landes“ das die Großgrundbesitzer als „staatlich bewässertes Land“ definieren, im Gegensatz zu den privaten Bewässerungsanlagen – womit die Grundlage der Reform zunichte gemacht würde. Im Zusammenhang mit der Landreform wurden in zwölf Staaten Gesetze erlassen, die Landlosen Arbeit und Siedlungseigentum gewähren (AIR 24. 8. 72).

Am 14. Juli übernahm die Regierung die Führung der „Indian Iron and Steel Company“ für vorerst zwei Jahre. Der Schritt erfolgte um eine „ordnungsgemäße Führung“ der Gesellschaft zu garantieren, deren Produkte von 970 000 t 1965/66 auf 671 000 t 1971 gefallen war (SWBFEW 682). Die Dachorganisation der indischen Industrie- und Handelskammer zeigte sich „überrascht und bestürzt“ und wies auf die Streiks und Arbeitsunruhen in Westbengalen hin, die den Produktionsrückgang mit verursacht hätten, sowie darauf, daß das staatseigene Stahlwerk (in Durgapur) mit noch größeren Verlusten arbeitet (NZZ 1. 8. 72).

Große Anstrengungen werden auf dem Rüstungsgebiet unternommen, was sich sowohl auf die Schaffung einer U-Boot-Flotte als auch auf die Produktion von Flugzeugen des Types MIG 21, die 1973 erreicht werden soll, bezieht (SWBFE 4057, 4061). Ziel der Raumforschung ist es, in den nächsten Jahren eigene Satelliten in den Weltraum zu schicken. Am 17. August wurde eine Zweistufen-Centaur-Rakete zu Meßzwecken in eine Höhe von 150 km geschossen (SWBFEW 687). (Einzelheiten zu „Indiens Wirtschaft in den 70er Jahren“, vgl. NZZ 30. 6., 2. 7. 72).

c) Außenpolitik

Allgemein. Indira Gandhi übte am 12. Juli scharfe Kritik an den Vereinten Nationen, weil es ihnen nicht gelungen sei, Frieden zwischen Indien und Pakistan herzustellen; für die Anwesenheit von UN-Beobachtern in Kaschmir besteht ihrer Ansicht nach „kein Grund“ (FAZ 13. 7. 72). Der Beschluß der Internationalen Juristenkommission vom 24. August zur Frage der pakistanischen Kriegsgefangenen in Indien, der die unverzügliche Freilassung forderte, wurde von Indien als „unglücklich“ bezeichnet und zurückgewiesen (Radio Pakistan 24. 8. AIR 28. 8. 72).

Asien. Präsident Giri besuchte vom 11. bis 14. Juli Afghanistan, wo er mit König Zahir Shah die Intensivierung der Zusammenarbeit erörterte. Insbesondere wurden die Gasvorkommen Afghanistans und die Möglichkeit einer gemeinsamen indisch-sowjetischen Ausbeutung erörtert (SWBFE 4038, ISI 13. 7. 72). Mit Nepal wurde am 15. Juni ein Ab-

kommen über den Bau eines 300 km langen Abschnitts auf der Ost-West-Verbindung unterzeichnet (SWBFE 4017); am 25. Juli folgte ein Abkommen über die Zusammenarbeit der Luftlinien beider Staaten (SWBFEW 684), am 27. Juli eines, das Handelserleichterungen vorsieht (SWBFEW 684) (vgl. Nepal/Außenpolitik).

Sozialistische Staaten. Der Ministerpräsident der UdSSR, Nikolai Podgorny, legte auf dem Hin- und Rückweg seiner Reise nach Hanoi Mitte Juni in Kalkutta eine Zwischenlandung ein. Vom 20. bis 28. Juni besuchte eine Delegation der KP Indiens auf Einladung der KPdSU die Sowjetunion. Dem gemeinsamen Kommuniqué zufolge wurde in allen behandelten Fragen „volle Übereinstimmung“ erzielt, was sich insbesondere auf die sowjetische Rolle auf dem Subkontinent und die Ansichten über den Vietnamkrieg bezieht (TASS 30. 6. 72). Am 14. Juli dementierte Frau Gandhi Meldungen, daß sowjetischen Schiffen die Benutzung indischer Häfen erlaubt sei, und führte aus, daß der Ozean „frei von jeder ausländischen Flottenpräsenz“ sein solle (ISI 14. 7. 72). Am 17. Juni wurde ein Vertrag über die Lieferung von 500 000 t Roheisen in die Sowjetunion in den Jahren 1972/73 unterzeichnet (SWBFEW 678), und am 15. Juli gab Außenhandelsminister L. N. Mishra die Einsetzung einer gemeinsamen indisch-sowjetischen Wirtschaftskommission bekannt (SWBFE 4082).

Die CSSR und Ungarn waren Stationen der Rückreise Indira Gandhis von der Stockholmer Umweltschutz-Konferenz. Vom 17. bis 20. Juni besuchte sie die CSSR, wo sie von Staatspräsident Swoboda und dem Generalsekretär der KP, Husak, empfangen wurde. In einem Kommuniqué wurden eine Intensivierung der Zusammenarbeit, Abkommen über Rechtshilfe, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen vereinbart (CTK 20. 6. 72). Anschließend besuchte Frau Gandhi vom 20. bis 23. 6. Ungarn, wo sie Gespräche u. a. mit Janos Kádár und Jenő Fock führte. Dem Abschlußkommuniqué nach wurde auch mit Ungarn eine Intensivierung der Zusammenarbeit vereinbart und Übereinstimmung in Fragen der internationalen Politik erzielt (ISI 23. 6. 72).

Planungsminister Dr. Subramaniam traf am 17. Juni zu einem mehrtägigen Besuch in der DDR ein, wo er am 20. Juni ein Zusatzprotokoll über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnete (ADN 20. 6. 72). Am 25. August gab Außenminister Singh bekannt, daß Schritte zur Aufwertung der DDR-Vertretung in Indien eingeleitet worden seien (FAZ 26. 8. 72). Staatspräsident Giri besuchte als Gast von Präsident Tito vom 5. bis 9. Juli Jugoslawien. In der gemeinsamen Erklärung wurde betont, daß die „allgemeine Sicherheit in der Welt nur auf der Grundlage des strikten Festhaltens der Prinzipien der Unabhängigkeit, Souveränität und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten . . . gewährleistet werden könne“ (Tanjug 9. 7. 72). Außenminister Singh besuchte vom 6. bis 9. Juli Polen und traf dort u. a. mit Parteichef Gierek zusammen. Zum Abschluß des Besuchs wurde wiederum ein Kommuniqué publiziert, das ähnlichen Inhalts war wie die oben erwähnten (PAP 9. 7. 72). In einem Interview mit dem polnischen Rundfunk betonte Singh u. a. die Rolle der internationalen Kontrollkommission in Vietnam, der Polen und Indien angehören, und erklärte im Hinblick auf China, daß Indien „alles Mögliche tun werde, um das Verhältnis zu normalisieren“ (PAP 9. 7. 72). Mit Bulgarien wurde am 1. Juni ein Programm für kulturellen und wissenschaftlichen Austausch für 1972/73 unterzeichnet (BTA 12. 6. 72).

Sonstige. Aus Europa ist die Teilnahme Indira Gandhis an der Umweltschutz-Konferenz in Stockholm zu erwähnen, wo sie u. a. die Frage aufwarf, „ob nicht Armut und Not die größten Verunreiniger seien“. Zum Frieden sagte sie, daß er „das dringendste und grundlegendste Problem sei“ (AIR 14. 6. 72).

Mit Schweden wurde die Einsetzung einer Kommission für wirtschaftlich-industrielle Zusammenarbeit erörtert, mit Belgien am 27. Juli ein Abkommen der Fluglinien beider Staaten unterzeichnet; die Niederlande boten eine Erhöhung ihres Entwicklungskredits an (AIR 12. 6. 72). Im Hinblick auf die EWG äußerte Außenhandelsminister Mishra am 21. August die Hoffnung, daß es Indien gelingen werde, direkt mit der EWG in Handel zu treten (AIR 21. 8. 72).

Das gespannte Verhältnis zu den USA wurde durch den Besuch von John Conally am 5. Juli nicht sichtlich verbessert. Conally, der auch mit Frau Gandhi zusammentraf, vertrat die Ansicht, daß die USA nicht allein schuld an der Verschlechterung der Kontakte zu Indien seien (AIR 5. 7. 72), während Frau Gandhi am 12. August erklärte, daß Indien zu einer Verbesserung der Beziehungen bereit sei, die USA aber „nicht den Wunsch dazu erkennen las-

sen“ (ISI 13. 8. 72). Am 6. Juni wurde ein Handelsabkommen mit P e r u unterzeichnet, wonach Indien 54 000 t Kupfer sowie Rohbaumwolle importieren wird (AIR 6. 6. 72). Y e m e n s Premierminister Mushim Ahmad al-Ayni besuchte vom 10. bis 19. August Indien zum 25. Jahrestag der Unabhängigkeit. Ergebnisse der Gespräche waren u. a. eine Vereinbarung, die bilateralen Beziehungen zu intensivieren, wobei sich Indien bereit erklärte, Experten in den Yemen zu entsenden (SWBFE 4067, 4073). Vom 20. bis 26. August hielt sich der Außenminister des I r a k, Murtada Sa'id Abd al-Baqi, in Indien auf, wo er die indischen Erdölwünsche erörterte; am 24. August unterzeichnete er ein auf drei Jahre befristetes Handelsprotokoll, das den Austausch von Erdöl gegen Industrieerzeugnisse vorsieht (SWBFE 4073–4077). Mit M a u r i t i u s wurde am 28. Juli ein Abkommen über den Luftverkehr unterzeichnet, das die Aufnahme einer Flugverbindung vorsieht (SWBFEW 684).

7. Indien/Pakistan

Vom 28. Juni bis 2. Juli trafen in der nordindischen Stadt Simla Ministerpräsidentin Indira Gandhi und Präsident Zulfikar Ali Bhutto zu Friedensgesprächen zusammen, die mit der Unterzeichnung eines „Abkommens über die bilateralen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan“ endeten. In der Präambel erklären beide Regierungen ihre Absicht, „den Konflikt und die Konfrontation, die bisher ihre Beziehungen störten, zu beenden und für die Förderung freundschaftlicher und harmonischer Beziehungen . . . zu arbeiten, so daß beide Seiten von nun an ihre Reichtümer und Energien der dringenden Forderung einer Verbesserung des Wohlstandes ihrer Völker widmen können“. Anschließend wurde in dem Abkommen die gegenseitige Verpflichtung festgelegt, alle anstehenden Streitfragen durch friedliche Mittel beizulegen und nach Maßgabe der UN-Charta sowohl auf Gewaltandrohung und Gewaltanwendung wie auf feindselige Propaganda dem anderen gegenüber zu verzichten (Text in SWBFE 4031).

Weitere Punkte enthalten die Absicht, Maßnahmen zur Wiederherstellung des Verkehrs und der Zusammenarbeit auf zahlreichen praktischen Gebieten durchzuführen. Schließlich wurde vereinbart, daß „um den Prozeß der Errichtung eines dauerhaften Friedens einzuleiten“:

1. die Streitkräfte jeweils auf ihre Seite der internationalen Grenzlinie zurückgezogen werden,
2. die Waffenstillstandslinie von 1971 in Jammu/Kaschmir ohne Präjudiz für die endgültige Regelung anerkannt wird,
3. der Truppenrückzug bei Inkrafttreten dieses Abkommens beginnt und binnen 30 Tagen durchzuführen ist. Zusätzlich wurde vereinbart, daß man zu gegebener Zeit „zu Besprechungen über weitere Maßnahmen und Vereinbarungen zur Errichtung eines dauerhaften Friedens und der Normalisierung ihrer Beziehungen, einschließlich der Rückführung von Kriegsgefangenen und internierten Zivilisten, einer endgültigen Lösung für Jammu Kaschmir und der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen“ zusammenkommen wollte (ebda).

Das Abkommen wurde am 28. Juli durch Indiens Präsident Giri unterzeichnet, am 1. August durch das Unterhaus und am 3. August durch das Oberhaus gutgeheißen; da das pakistanische Parlament das Abkommen bereits am 14. Juli ratifizierte, trat es nach der Unterschrift Giris am 28. Juli in Kraft (SWBFE 4057, 4060, NZZ 28. 7., 1. 8., 3. 8. 72).

8. Bhutan

Am 21. Juli starb König Jigme Dorji Wangchuk im Alter von 43 Jahren an einer Herzattacke. König Wangchuk hatte sich darum bemüht, das Land allmählich zu modernisieren und in eine konstitutionelle Monarchie umzuwandeln. Er schaffte die Sklaverei ab, gründete Schulen und schuf ein Parlament, das auch die Vollmacht hat, den König abzusetzen (SWBFE 4049, SZ 24. 7. 72). Neuer König ist sein 17 Jahre alter Sohn Jigme Singhye Wangchuk, der in seiner ersten Pressekonferenz versicherte, das Werk seines Vaters fortsetzen und Bhutan zu einem modernen Staat entwickeln zu wollen.

Außenpolitisch steht Bhutan ganz unter dem Einfluß Indiens, auch wenn der König betont, daß die Außenpolitik „auch in Zukunft auf Blockfreiheit und friedlicher Koexistenz“ basieren und darauf ausgerichtet bleiben wird, die Ideale des Friedens und der Gewaltlosigkeit „in dieser geplagten Welt“ zu fördern. Die dominante Stellung Indiens wird deutlich, wenn er erklärt, daß Bhutan „gegenwärtig nicht den Wunsch“ hat, seine diplomatischen Beziehungen

über Indien hinaus auszudehnen oder bilaterale Unterstützung zu akzeptieren, die nicht vom Colombo-Plan kommt, der einzigen Organisation, in der Bhutan außer der UNO vertreten ist. Der Vertrag mit Indien von 1949, wonach sich Bhutan in der Außenpolitik vom „Rat“ Delhis leiten läßt, bedarf nach Ansicht des Monarchen keiner Revision. Über die Beziehungen zu China führt er aus, daß diese „korrekt“ seien und daß sich Bhutan „zu gegebener Zeit“ bemühen werde, sie zu einer Freundschaft zu entwickeln (NZZ 30. 8. 72).

B) Südostasien

1. Malaysia

a) Innenpolitik

Vordringliches Problem sind weiterhin Aktionen der Kommunisten in Verbindung mit Rassen- spannungen zwischen den drei Bevölkerungsgruppen (Malaien, Inder, Chinesen). Haupt- gebiete der Guerillas sind die unzugänglichen Gebiete an der Grenze zu Thailand und Sarawak; die Regierung versucht sich dort mit Hilfe Thailands und Indonesiens der Guerillas zu erwehren. Rückgrat der Guerillabewegung ist die pekingtreue KP Malaysias, die die Föde- ration Malaysia nicht anerkennt und die sich im Mai dieses Jahres ein neues Statut gab, das sich in wichtigen Punkten eng an das im April 1969 verabschiedete Statut der KP Chinas an- lehnt (den Text vgl. SWBFE 4013 vom 13. 6. 72).

Am 24. Juli begann in Kuala Lumpur eine zehntägige Tagung über bevölkerungs- und arbeits- politische Fragen, deren Hauptthemen eine Koordinierung in diesen Bereichen sowie die Schaffung eines Familienplanungsprogramms waren (JAT 25. 7. 72). Am 16. August wurde in Kua'la Lumpur eine „Internationale Islamische Informationsagentur“ (IILA) gegründet, die als „Stimme der islamischen Länder“ nach Premier Razak die „jahrhundertalten“ falschen In- formationen und Einstellungen korrigieren soll (AFP 16. 8. 72).

b) Wirtschaftspolitik

Wichtigstes Ausfuhrprodukt Malaysias ist der Kautschuk, mit dessen Produktion von 1,2 Mio t Malaysia rund 40% der Weltproduktion deckt. Um künftig nicht zu sehr kautschukabhängig zu sein, unternahm Malaysia in den letzten Jahren Anstrengung zur Diversifizierung der Landwirtschaft, beispielsweise durch die Intensivierung des Anbaus von Ölpalmen. 60% der Bevölkerung (ca. 10,5 Mio) sind in der Landwirtschaft beschäftigt, die keine Arbeitskräfte mehr aufnehmen kann. Die jährliche Zuwachsrate beträgt 3,5%, die Zahl der Arbeitslosen offiziell 250 000. Durch den Zuzug vom Land ist die Arbeitslosigkeit in den Städten mit 25–30% wesentlich höher als der Landesdurchschnitt von 8%. Der Malayisierung der Wirt- schaft dient die Gründung einer Finanzierungsgesellschaft auf der Grundlage eines Be- schlusses der Zweiten Islamischen Wirtschaftskonferenz vom April 1972 (TST 14. 6. 72). Am 25. Juni wurde der Beschluß bekanntgegeben, anstelle des britischen Pfundes künftig für alle Handels- und Wirtschaftsoperationen den US-Dollar zu verwenden; der Grund dafür liegt darin, daß London ohne vorherige Konsultationen mit den anderen Staaten des Sterling- blocks seine Währung floaten ließ (TASS 25. 6. 72).

c) Außenpolitik

Mitte Juni nahm Premier Razak gegenüber der Zeitung „New Nations“ u. a. ausführlich zu seinem Neutralitätsvorschlag und zur Malakka-Frage Stellung:

Zunächst müsse von den Ländern Südostasiens das Konzept zur Neutralisierung dieses Raumes angenommen werden, erst nach Schaffung dieser Grundlage könne eine Garantie- erklärung der Großmächte erfolgen. Beide Staaten Vietnams sollten später miteinbezogen werden. Vor der Aufnahme offizieller Beziehungen VR China müsse die Frage der Hilfe für die KP Malaysias durch China geklärt werden.

Im Hinblick auf die Straße von Malakka ist Malaysia bereit, bei Anerkennung der Zwölf- Meilen-Zone die Durchfahrt zu gewähren, wenn sich alle Schiffe an die gestellten Bedingun- gen halten (TST 20. 6. 72).

Mit I n d o n e s i e n wurde am 10. August ein Vertragsentwurf über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet, der das seit 1967 bestehende Abkommen über die Wirt-

schaftsbeziehungen ersetzt (TST 9. 8. 72). Zuvor war am 7. August ein Abkommen über die Verstärkung der Zusammenarbeit auf dem Marinewesen gegen die Subversion und den Schmuggel in der Straße von Malakka unterzeichnet worden (SWBFE 4026) (vgl. auch Indonesien Außenpolitik).

Der Premierminister Australiens, William McMahon, besuchte vom 11. bis 14. Juni Malaysia, wo er mit Premier Razak vor allem bilaterale Fragen erörterte. Im Hinblick auf das Verteidigungsabkommen, das beide Staaten abschließen wollen, wurde ausgeführt, daß diese Vereinbarung „endgültig auf dem Papier“ stehe; es sieht auch Hilfsleistungen für den Fall vor, daß die kommunistischen Guerillas für Malaysia zu einer Bedrohung werden (TST 15. 6. 72).

Die Verhandlungen mit Singapur über ein Luftfahrtabkommen wurden am 15. Juli erfolgreich beendet. Danach werden künftig die „Singapore Airlines“ (SIA) und das „Malaysian Airline System“ (MAS) unabhängig operieren (SCMP 17. 7. 72) (vgl. IASF 3/72, S. 471). Sonderbotschafter John Conally besuchte auch Malaysia und erklärte dort am 30. 6., daß der malaysische Neutralisierungsplan erst nach Beendigung des Indochinakrieges und der Unabhängigkeit aller Nationen in diesem Raum wirksam werden könne. Zur Frage der Malakka-Straße bestand er auf der Freiheit der Durchfahrt sowohl für Kriegs- als auch für Handelsschiffe. Zur militärischen Präsenz der USA in Südostasien erklärte er, daß diese auch nach Beendigung des Vietnamkrieges zur Sicherung des Kräftegleichgewichts für viele Jahre erhalten bleibe (TST 1. 7. 72).

2. Indonesien

a) Außenpolitik

Nach wie vor ist die Innenpolitik von den Auswirkungen des Putsches von 1965 und ständigen Subversionsbeschwörungen führender Politiker überschattet. „Subversion“ ist Bestandteil jeder Rede, ohne daß beim Verfolg der Ereignisse ersichtlich würde, ob die Warnungen der tatsächlichen Situation entsprechen oder etwa Versuch sind, das Volk zur Wachsamkeit aufzurufen und Kontrollmaßnahmen zu legalisieren. Nach der jüngsten Volkszählung hat Indonesien derzeit eine Bevölkerung von über 119 Mio Einwohner, womit es an fünfter Stelle nach China, Indien, der Sowjetunion und der USA steht. Von 1961 bis 1970 betrug die jährliche Zuwachsrate 2,08%, 1970/71 stieg sie auf 2,68% an. Etwa 64% der Bevölkerung leben auf Java, wo pro qkm 585 Menschen wohnen; auf Sumatra sind es 55, auf Sulawesi 54 und in Westirien 1,5. Die Hälfte der Bevölkerung sind Personen unter 14 und über 55 Jahren (Antara 8. 6. 72). In die Aktionen zum Schutz gegen die „Subversion“ wurden Mitte Juni auch Meinungsforschungsinstitute einbezogen, deren Tätigkeit von der Regierung überwacht wird (SWBFE 4014, 4019). Auch bei der Verteidigungskonzeption wird nach Verteidigungsminister Panggabean der „Drohung der Infiltration und Subversion gegenüber der einer Invasion“ Priorität eingeräumt (Antara 19. 6. 72).

Am 23. Juni wurde ein Gesetzentwurf über Umsiedlungsaktionen verabschiedet, der sowohl der Entwicklung des Lebensstandards wie der Stärkung der nationalen Einheit und der Sicherheit dienen soll (SWBFE 4026). Am 31. Juli wurde von General Sumitro bekanntgegeben, daß die Säuberungsaktionen gegen die an dem Putschversuch 1965 beteiligten Elemente in den Reihen der Streitkräfte fortgesetzt werden. Die Äußerung erfolgte zu Berichten über die Verhaftung höherer Offiziere (Antara 2. 8. 72, SWBFE 4053, 4057). Die Hinweise auf sieben Jahre zurückliegende Ereignisse lösten Spekulationen aus, wobei neben der offiziellen Version die Möglichkeit, daß es sich bei diesen Aktionen nicht gegen Kommunisten, sondern gegen „progressive Revolutionäre“ richtet, ebenso eingeräumt, wie die, daß Suharto damit Opposition gegen seine Politik zum Schweigen bringen will (SWBFE 4058, NZZ 17. 8. 72). Nach japanischen Angaben ist unter den Verhafteten auch der Leiter der Abteilung Logistik, Generalmajor Suratomo (JAT 18. 8. 72). Am 12. August wurde der Mitbegründer der Republik Indonesiens, Mohammed Hatta, 70 Jahre alt, wozu ihm von Präsident Suharto die höchste Auszeichnung, die Medaille der Republik I. Klasse überreicht wurde (SWBFE 4069).

Zum 27. Jahrestag der Unabhängigkeit hielt Suharto eine Rede, in der er im Hinblick auf die Folgen des Putsches von 1965 daran erinnerte, daß alle Gefangenen der „C“-Kategorie entlassen seien. Er bekräftigte seine unnachgiebige Haltung gegenüber den Kommunisten,

denen er vorwarf, die PKI bis 1975 wieder aufbauen zu wollen. Im Hinblick auf das Sprachenproblem kündigte er eine Standardisierung der Grammatik, Terminologie und Aussprache an (weitere Einzelheiten SWBFE 4074, 4076, 4078).

b) Wirtschaftspolitik

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) stellt für die Zeit von Mitte Juni 1972 bis Ende 1973 insgesamt 5,1 Mio Dollar zur Verfügung, wovon 1,373 Mio zur Entwicklung des Erziehungswesens und der ländlichen Gemeinden, 3,731 Mio für die Gesundheits- und Ernährungsprogramme vorgesehen sind (Antara 12. 6. 72). Die Asian Development Bank (ADB) gewährte Mitte Juli für Fischereiprodukte in Zentralsumatra eine Anleihe in Höhe von 2,5 Mio Dollar (Laufzeit 25 Jahre, 2,5% Zins) (SCMP 20. 7. 72). Das auf 400 bis 500 Mio US-Dollar veranschlagte „Asahan-Projekt“ in Nordsumatra, eine Großanlage zur Herstellung von Aluminium, scheint durch den Rückzug der amerikanischen und japanischen Unternehmer gefährdet. Japanischen Aussagen zufolge geht es dabei um die Verschiebung des Ausschreibungstermins (NZZ 17. 8. 72). In der bereits erwähnten Rede Präsident Suhartos zum 27. Jahrestag der Unabhängigkeit behandelte er besonders die Wirtschaftspolitik. Als Beweis für den Erfolg seiner Politik führte er u. a. das Absinken der Inflationsrate von 650% im Jahre 1966 auf 2,47% 1971 an. Außerdem erwähnte er die Fortschritte auf dem Gebiet der Textilindustrie, des Bergbaus und des Verkehrswesens (Einzelheiten SWBFE 4078). In anderem Zusammenhang führte Suharto aus, daß der landwirtschaftliche Bereich ein Hauptanliegen der Regierung bleibe; daneben werden Vorbereitungen getroffen, um günstige Bedingungen für das Wachstum der Industrie zu schaffen, wobei er die Vorbereitung zur bevorstehenden zweiten Pelita (Fünf-Jahres-Plan) als eines der „großen Probleme der unmittelbaren Zukunft“ bezeichnete (Antara 23. 8. 72).

c) Außenpolitik

Allgemein. Außenminister Adam Malik gab am 8. Juli einen bemerkenswerten Überblick über „neue Wege in den internationalen Beziehungen Südostasiens“, indem er u. a. folgende Lehren aus der gegenwärtigen Situation zog:

1. Die nationalen Interessen der „Supermächte“ gehen über alles andere, auch über Idologie und die vitalen Interessen anderer Nationen.
2. Diese gegenwärtige Entspannung wurde nur durch ihr Bedürfnis zu überleben eingeleitet.
3. Die erfolgreichen Verhandlungen wurden von Positionen der Stärke aus geführt, die auch ihre Schwäche sind, wenn man erkennt, daß ihre Macht ihnen und anderen Nationen Unglück bringen kann.
4. Den anderen Nationen, klein und groß, wird gesagt sie sollten sich nicht so sehr von der Hilfe und Sympathie der „Supermächte“ abhängig machen.
5. Der berühmte Lehrsatz von Clausewitz, „der Krieg sei eine Fortsetzung der Politik“, ist noch gültig, aber auch in dem Sinne, daß der Frieden eine „Fortsetzung des Krieges“ ist das heißt, daß der Frieden nur eine Alternative zum Krieg in der Verfolgung nationaler Ziele ist“ (Antara 12. 7. 72).

Als höchste Priorität für Südostasien bezeichnete er das „Überleben in Form der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialer Integrität“.

Die Diskussion um die Straße von Malakka (vgl. IASF 3/72, S. 468) wurde mit Malaysia und Singapur auf einer Konferenz am 4. 5. Juli in Djakarta wieder aufgenommen; Ergebnisse wurden nicht bekannt, doch soll demnächst ein weiteres Treffen folgen (Antara 6. 7. 72). Gegen den Bau eines Kanals durch den Isthmus von Kra erhebt Indonesien nach Malik keine Einwände (JAT 12. 7. 72), die Kosten für den Kanal werden auf ca. 450 Mio US-Dollar geschätzt. Angeblich sollen japanische Firmen bereit sein, den Kanal zu finanzieren (JAT 15. 7. 72).

Asien. Das gemeinsame Grenzkomitee mit Malaysia kam überein, einen Ost- und einen Westgrenzausschuß zu bilden, wobei ersterer für Land-, letzterer für Seeoperationen zuständig sein wird; (Antara 27. 7. 72). Am 10. August wurde ein Vertragsentwurf über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet (vgl. Malaysia), nachdem am Tag zuvor ein Abkommen über die gemeinsame Nutzung der Fischereigründe in der Straße von Malakka vereinbart wurde (TST 10. 8. 72).

Australiens Premierminister W. McMahon hielt sich vom 5. bis 8. Juni in Begleitung von Außenminister Nigel Bowen in Djakarta auf. In dem gemeinsamen Kommuniqué erklärte sich Australien bereit, neue wirtschaftliche Verpflichtungen in Höhe von 69 Mio Austr.-Dollar

einzu gehen. Außerdem wird Australien ein Drei-Jahres-Programm für technische und Verteidigungshilfe vom 1. Juli 1972 an bereitstellen. (Antara 7. 6. 72 SWBFE 4011, 4012). Vom 4. bis 6. Juli besuchte Australiens Handelsminister J. D. Anthony Djakarta, wo er eine Revision des Handelsvertrages von 1959 vereinbarte (SWBFE 4032, 4035). Am 4. Juli wurde der Plan zur Gründung einer Ölgesellschaft mit Japan bekanntgegeben, der ein Kapital von 500 Mio Yen aufweist, woran Pertamina mit 50%, Toyota mit 26%, japanische Elektrizitäts- und Ölfirmen mit 12% beteiligt sind (JAT 5. 7. 72). Der ursprünglich vorgesehene Besuch von Malik in Tokio wurde wegen Termschwierigkeiten abgesagt (JAT 1. 8. 72). Am 15. August wurde ein Memorandum über die japanische Nahrungsmittelhilfe für das Finanzjahr 1972/73 in Tokio unterzeichnet. Es sieht den Import von 330 000 t Reis im Werte von 34 Mio US-Dollar im Finanzjahr 1972/73 vor (SWBFEW 687). Am 22. August hielt sich Malik zu einem Kurzbesuch in Kambodscha auf, der der „Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen“ galt (SWBFE 4075).

Sozialistische Staaten. Die Beziehungen zur UdSSR wurden durch das Verschwinden eines sowjetischen Botschaftsangehörigen, N. G. Petrov, am 12. Juni belastet (SWBFE 4018). Verletzungen der indonesischen Hoheitsgewässer durch sowjetische Fischereiboote (SWBFE 4047), sowie Berichte über die Ausbildung kommunistischer Kader in der UdSSR für den Einsatz in Indonesien (SWBFE 4066) tragen das ihre dazu bei. Andererseits scheint Moskau an einer Verbesserung der Kontakte interessiert, wie die Einladung an eine Delegation des indonesischen Parlaments am 3. 8. (SWBFE 4078) und die an den Minister für soziale Fragen, Mintaredja, am 8. August zeigen (Antara 9. 8. 72). Expressis verbis wurde der Wunsch nach einer Verbesserung der Handelsbeziehungen von Nikolai Karpov anlässlich der Eröffnung einer Handelsmesse der UdSSR am 21. 8. in Djakarta ausgedrückt (SCMP 23. 8. 72).

Europa. Der Außenminister Großbritanniens, Sir Alec Douglas-Home, hielt sich am 4. Juni in Djakarta auf, wo ein Finanzhilfeabkommen in Höhe von 7 Mio Pfund, rückzahlbar innerhalb von 25 Jahren unterzeichnete (SWBFE 4033, 4034, Antara 5. 7. 72).

Sonstige. Außenminister Malik begann am 10. Juli eine vierzehntägige Besuchsreise in arabische Staaten, die ihn vom 11. bis 13. Juni in die Union der Arabischen Emirate, vom 13. bis 16. 6. in die Türkei, vom 17. bis 18. nach Ägypten, vom 18. bis 19. in den Libanon, vom 19. bis 21. nach Syrien und schließlich bis zum 24. Juni in den Irak führte (SWBFE 4014, 4034, 4036). Vom 11. bis 17. 8. hielt sich der Präsident Syriens, Yousfi, auf Einladung von General Nasution in Indonesien auf, wo er an der Feier zum 27. Jahrestag der Unabhängigkeit teilnahm, (AFP 12. 8. 72).

3. Singapur

Aus den Parlamentswahlen vom 2. 9. ging Premierminister Lee Kuan Yew wiederum unangefochten als Sieger hervor. Seine „Peoples Action Party“ (PAP) konnte 69,1% der Stimmen, damit alle 65 Parlamentssitze erringen. Lee Kuan Yew ist über 12 Jahre an der Macht und hat dabei mit nicht immer demokratischen Methoden eine von der großen Mehrheit befürwortete Ordnung aufgebaut und jede Opposition „kaltgestellt“. Trotz beachtlicher Leistungen nahm die Kritik an Lee Kuan Yew in der letzten Zeit zu, die vor allem von den Arbeitern ausgeht, die am steigenden Wohlstand wenig teilhaben, da die auf Betriebsbasis organisierten Gewerkschaften unter Regierungskontrolle stehen (TST 24. 8., NZZ 28. 7., 5. 9. 72).

Wie kein anderes Land Südostasiens kann Singapur wirtschaftliche Fortschritte aufweisen. Das Bruttosozialprodukt stieg von 2960 Sing.-Dollar 1970 auf 3317 \$ 1971 und ist damit nach Japan und Hongkong das dritthöchste Asiens. Aufgrund seiner geographischen Lage und der vorhandenen Faszilitäten ist Singapur in erster Linie Handelsstadt, sein wichtigster Handelspartner ist Malaysia (alle Angaben NZZ 1. 8. 72).

Außenpolitisch ist die Vereinbarung vom 8. Juni mit Bangladesch, Botschafter auszutauschen (SWBFE 4010), sowie der Besuch von John Conally vom 28. bis 30. Juni (NZZ 30. 6. 72) zu erwähnen.

C. Indochina

Das komplexe, vielfach unüberschaubare Geschehen auf dem indochinesischen Kriegsschauplatz erlaubt es nicht, die Ereignisse im Detail aufzuführen, Aus diesem Grunde soll in dieser Rubrik lediglich versucht werden, die innen-, außen- und wirtschaftspolitische Entwicklung der einzelnen Staaten aufzuzeigen.

1. Birma

Am 1. Juni wurde als erster Schritt einer Reorganisation des Verwaltungs- und Rechtswesens in Birma das „Central Security Administrative Committee“ (CSAC) reorganisiert; sein Vorsitzender ist U Siil Nmya, Minister für Inneres und Religion. Im Zuge der Reform wurden die früheren Ministerien mit Wirkung vom 27. Juli in Verwaltungsdepartments umgebildet, ebenso wie auch die Stadtverwaltungen. Die Städte wurden in Kategorien A, B und C eingeteilt. Während das CSAC mit Wirkung vom 14. August in 15 Unterkomitees unterteilt wurde, die im wesentlichen einer Kabinettsliste mit teilweise verschobenen Aufgabebereichen entsprechen, wurden gleichzeitig vom CSAC städtische Sicherheits- und Verwaltungskomitees (TSAC) sowie Exekutivkomitees in insgesamt zwölf Städten gebildet (weitere Einzelheiten SWBFE 4041, 4054, 4070). Parallel dazu wurden regionale „Security and Administrative Committees“ (SAC) für 14 Staaten gebildet, die mit Wirkung vom 20. Juli die früheren Verwaltungs- und Regierungseinheiten auf Bundesebene ablösten (SWBFE 4048). Die Reform des Rechtswesens wurde vom CSAC für Justizangelegenheiten unter Minister Maung Maung durchgeführt und sieht vor, daß das Volk an der Gestaltung des Rechtswesens unmittelbar beteiligt ist. Neben der Vereinfachung soll auch eine Beschleunigung aller Rechtsfälle erreicht werden. Die Reform des Justizwesens wurde zuerst am 7. August in Rangun eingeführt und besteht aus Gerichten auf drei Ebenen: Volksgerichte des Staates, der Städte und der Dörfer (SWBFE 4063, 4062).

Am 22. Juni gab das Ministerium für Planung und Finanzen die Bildung eines Finanzkomitees für 1972 bekannt, an deren Spitze der Finanzminister steht. Das Komitee soll das Steuerwesen reformieren und ist mitverantwortlich für das sozialistische Wirtschaftssystem. Das Komitee wurde wegen der Interdependenz der einzelnen Bereiche und der Notwendigkeit der Koordination auf den verschiedenen Ebenen sowohl innerhalb des Regierungsapparates als auch bei der Führung des wirtschaftlichen Sektors gegründet (SWBFEW 680) (vgl. dazu „Le Socialism à la Birmane“, Teil I–III, Le Monde 9., 10., 11. 6. 72).

Handelsminister Maung Lwin reiste im Juni/Juli zu Handelsgesprächen in eine Reihe osteuropäischer Staaten, darunter die U d S S R und J u g o s l a w i e n im Juni, Anfang Juli in die D D R und Mitte Juli nach B u l g a r i e n. Er erörterte vor allem die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen, ohne daß Einzelheiten bekanntgegeben wurden. Mit R u m ä n i e n wurde am 17. Juli ein Abkommen über den gegenseitigen Luftverkehr unterzeichnet (SWBFE 4046). General Ne Win führte am 11. Juli in Rom Gespräche mit Präsident Leone, reiste anschließend vom 13. bis 19. Juli zu einem Freundschaftsbesuch nach U n g a r n, um dann über G r o ß b r i t a n n i e n nach Birma zurückzukehren (JAT 13. 7., 21. 7. 72). Mit der B u n d e s r e p u b l i k wurde am 22. Juni ein Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet, in dessen Rahmen eine langfristige 5-Mio-DM-Anleihe für das deutsch-birmanische wirtschaftliche Hilfsprogramm gewährt wird (SWBFEW 679).

2. Laos

Offensichtlich unter dem Eindruck der Entwicklung der China- und Koreafrage verständigten sich die beiden laotischen Halbbrüder Souvannou Vong und Souvanna Phouma Anfang Juli darüber, Gespräche über einen Waffenstillstand zu führen (SWBFE 4035, 4036). Beide Seiten waren sich darüber einig, daß die Laosfrage vom laotischen Volk selbst „ohne Einmischung irgendeines fremden Landes“ vorgenommen werden müßte (SWBFE 4038), wobei darauf hingewiesen wurde, daß auch die Großmächte eine Übereinkunft durch Verhandlungen und nicht durch Konfrontation suchen. In einem Briefwechsel schlug Souvanna Phouma am 29. Juli die Annahme eines Waffenstillstands auf der Grundlage des Fünf-Punkte-Friedensplanes des Pathet Lao vor (JAT 31. 7. 72). Nach einer Meldung der „Bangkok Post“ vom 15. August, die von den anderen Quellen nicht bestätigt wurde, vereinbarten die beiden Prinzen eine allgemeine Waffenruhe und Friedensgespräche in Erfüllung des Genfer

Abkommens von 1962 (Bangkok Post 15. 8. 72). Am 12. Juli nahm Prinz Souvanna Phouma eine Kabinettsumbildung vor, wobei die Ministerposten der Vertreter des Pathet Lao bis zur Rückkehr in die Regierung unberührt bleiben sollen, statt dessen Staatssekretariate im Büro des Ministerpräsidenten für diese vakanten Posten geschaffen wurden (JAT 14. 7. 72, SWBFE 4041, 4056). Zum 10. Jahrestag des Genfer Laos-Abkommens veröffentlichte die Neo Lao Haksat ein Weißbuch, in dem die Schuld an der Situation in Laos den USA angelastet wird (SWBFE 4047, 4049, MD 24. 7. 72).

Im Hinblick auf die Wirtschaftslage veröffentlichte das Wirtschaftsministerium am 26. Juli einen Bericht über das Finanzjahr 1971/72, in dem auf die seit November 1971 herrschende Krise eingegangen wird. Danach wurde sie durch einen Mangel an Devisen hervorgerufen, was eine Änderung der Parität des Kip zum Dollar erforderte (600 statt 500 Kip je Dollar). Durch Erhöhung von Zöllen und Einfuhrsteuern um 100 bis 150% stiegen die Lebenshaltungskosten an, ohne daß die Krise gemeistert werden konnte. Da über 90% der Waren eingeführt werden müssen, ist das Land sehr devisenabhängig, so daß die tatsächliche Parität des Kip zum Dollar bis auf 800 anstieg. Eine Verbesserung der Wirtschaftssituation verspricht man sich von einer Senkung der Importsteuern für verschiedene Waren und von einer Garantie durch die USA, Japan, Großbritannien, Frankreich und Australien für die Stabilität des Kip, die zudem mit mehr als 24 Mio US-Dollar zum Ausgleich des Defizits des Staatshaushalts beitragen werden (SWBFEW 685, 4016).

Vom 17. bis 22. August hielt sich eine Delegation der Pathet Lao in Nordvietnam zu politischen Gesprächen auf, über die ein Kommuniqué veröffentlicht wurde, das den Standpunkt der Pathet Lao, daß die Laosfrage nur von Laos selbst gelöst werden und auf dem Fünf-Punkte-Plan des Pathet Lao vom 6. März 1970 beruhen müsse, wiederholte (SWBFE 4077).

3. Thailand

Am 22. Juni erging der Urteilsspruch gegen die drei Abgeordneten, die am 9. März 1972 unter dem Vorwurf der Konspiration verhaftet wurden (vgl. IASF 3/72, S. 481). Aus den jetzt bekanntgewordenen Hintergründen wird deutlich, wieso dieser Fall derartiges Aufsehen erregte: Die Abgeordneten hatten eine Anklage gegen Feldmarschall Thanom Kittikhachorn vorbereitet, in der dieser wegen der Machtübernahme am 17. November 1971 der „Rebellion“ und des Verstoßes gegen die Verfassung beschuldigt wurde. Die „Revolutionäre Partei“ verurteilte die Abgeordneten (mit Erlaß Nr. 36/1972) zu 10 bzw. 7 Jahren Gefängnis. Führer der „Revolutionären Partei“ und Unterzeichner des Urteils ist Feldmarschall Thanom Kittikhachorn... (SWBFE 4024).

Am 20. Juli verlängerte der Verwaltungsrat der „Revolutionären Partei“ die Amtszeit von Kittikhachorn als Oberkommandierender der Streitkräfte um ein weiteres Jahr, was mit der „unsicheren Situation“ und der Notwendigkeit einer konsequenten Führung begründet wurde (SWBFE 4049). Zwei ehemalige birmanische Minister, U Ba Swe und Bomhu Aung, flüchteten nach Thailand und baten um politisches Asyl. Wie General Charusathien erklärte, wird diesem Gesuch „entsprechend dem Völkerrecht“ entsprochen, jede politische Tätigkeit ist ihnen aber untersagt (SWBFE 4055, 4059). Der Guerillatätigkeit durch die Kommunisten versucht die Regierung auch dadurch zu begegnen, indem sie die führenden Vertreter der KP zu Gesprächen aufforderte (Bangkok Post 8. 8. 72). Anfang August wurden mehrere Großaktionen gegen die Guerillas in einigen Provinzen durchgeführt, wobei zahlreiche Verdächtige verhaftet wurden (JAT 9. 8. 72, SWBFE 4065). Die Feiern zum 40. Geburtstag von Königin Sirikit am 13. August zeigten das Land unter „Law and Order“, was hauptsächlich auf das entschlossene Vorgehen des „Nationalen Exekutivrats“ zurückzuführen ist, der auch dafür sorgte, daß die Straßen sauberer, die Amüsierbetriebe weniger wurden und die Kriminalität um rund 60% zurückging (FAZ 14. 8. 72).

Die Bevölkerung Thailands betrug Ende 1971 nach Angaben des Innenministeriums 36 820 097 Einwohner (TASS 29. 7. 72).

Die Wirtschaft erlebt in Auswirkung des Vietnamkrieges und dem zunehmenden Ausbau amerikanischer Basen – Zahlen darüber sind nicht erhältlich – eine Blüte, die gerade wegen der Abhängigkeit vom Geschehen in Vietnam trügerisch ist. Der große Einfluß der Weltmarktpreise für Rohstoffe bedeutet eine Schwächung der Wirtschaft, ebenso wie der Umstand, daß Thailand noch weitgehend auf Auslandshilfe angewiesen ist.

Die Hilfe der U S A spielt besonders für die Landwirtschaft eine große Rolle, wie die Kreditzusagen von 76 Mio Baht für das laufende Jahr beweisen. Offiziellen Angaben zufolge beträgt die Gesamthilfe für das Finanzjahr 1972 ca. 336 Mio Baht, wobei Material und Ausrüstungen für 30 Projekte im Wert von 152 Mio Baht eingeschlossen sind (SWBFEW 684). Gerüchte über eine Einstellung der amerikanischen Hilfe wurden am 29. Juli vom Vorsitzenden des Nationalen Wirtschafts- und Entwicklungsrates, Vinchaikul, dementiert (SWBFEW 685). Um der wachsenden Präsenz J a p a n s keine Kontrollmöglichkeit über Teilbereiche der Wirtschaft zu geben, wurden am 30. Juli Pläne zur Gründung einer nationalen Mineralien-gesellschaft veröffentlicht. Oberst Marong Kittikhachorn, Sohn des Feldmarschalls und Schwiegersohn von General Charusathien, gab dazu bekannt, daß die Japaner bereits 49% der Anteile an ausländischen Investitionen besitzen, und rief zum Boykott japanischer Erzeugnisse auf (SCMP 31. 7. 72). Die Furcht von einer japanischen Dominanz in der Wirtschaft beeinträchtigt auch die Kontakte zu Japan, zumal diese vorwiegend wirtschaftlicher Art sind. Gegenstand einer Kontroverse wurden die Durchführungsbestimmungen für eine 200-Mio-Dollar-Anleihe, die Anfang 1972 vereinbart wurden; Thailand ersuchte Tokio, die Bedingungen dieser Anleihe zu erleichtern, wobei eine Senkung des Zinses und eine Freigabe der Mittel zum Ankauf von Waren auch aus anderen Ländern erreicht werden soll (JAT 4. 8. 72). Verhandlungen über Erstellung petrochemischer Werke durch Japan in Thailand mußten Mitte August unterbrochen werden, da man sich über die Konditionen nicht einigen konnte (JAT 14. 8. 72).

Dem Projekt eines Kanals durch Isthmus von Kra stimmte die Regierung am 11. Juli prinzipiell zu (SWBFEW 682, 4063) (vgl. Indonesien/Außenpolitik). Die Beziehungen zu V R C h i n a erfuhren durch die offizielle Entsendung einer Tischtennis-Mannschaft im August nach Peking eine gewisse Auflockerung, da dies zum ersten Mal der Fall war. Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking wird derzeit allerdings keine große Chance eingeräumt, da als Folge eines solchen Schrittes eine indirekte Unterstützung der Kommunisten befürchtet wird (SWBFE 4059, TST 4. 7. 72). Mit der R e p u b l i k C h i n a wurde am 29. Juli ein Abkommen über den Export von 450 000 t Mais unterzeichnet (JAT 2. 8. 72). Das durch Flüchtlinge aus V i e t n a m geschaffene Problem will man durch Kontrollmaßnahmen in den Griff bekommen (SWBFE 4009, 4027).

Die Beziehungen zu den U S A sind durch das starke Engagement Washingtons gekennzeichnet, wobei sich nach Kittikhachorn Anfang Juli in Thailand 49 000 Mann der US-Air Force aufhielten (JAT 6. 7. 72). Zu einer Kontroverse zwischen beiden Staaten kam es durch Beschuldigungen amerikanischer Kongreßmitglieder wegen des angeblichen Rauschgiftschmuggels in die USA, die Kittikhachorn sichtlich bemüht war herunterzuspielen (JAT 30. 7. 72, SWBFE 4060).

4. Kambodscha

Bei den Präsidentschaftswahlen am 4. Juni beteiligten sich 1 059 448 der 1 840 282 wahlberechtigten Bürger; davon entfielen auf Lon Nol 588 203, In Tam 257 320 und Keo An 217 341 Stimmen. Damit wurde Lon Nol mit der absoluten Mehrheit von 54,93% zum ersten gewählten Präsidenten der „Republik Khmer“ (SWBFE 4017). In seiner Rede anlässlich der Proklamation am 21. Juni führte Lon Nol u. a. aus, daß seine Politik auf dem „nationalen politischen Programm“ beruhe, deren erstes Prinzip der Nationalismus, das zweite das der Demokratie und das dritte das des öffentlichen Wohlstands sei (SWBFE 4022); er wurde am 3. Juli für fünf Jahre als Präsident vereidigt (JAT 4. 7. 72). Für die für den 3. September angekündigten Parlamentswahlen gab der Vorsitzende der Demokratischen Partei, In Tan, bekannt, daß sich seine Partei daran nicht beteiligen werde, da das Wahlgesetz „verfassungswidrig und undemokratisch“ sei (NZZ 9. 8. 72).

Im Hinblick auf die sicherheitsmäßige Lage gab die Exilregierung Sihanouks Mitte Juli bekannt, daß die „befreite Zone“ des Landes nunmehr auf 85% des Gesamtterritoriums angewachsen sei (NCNA 13. 7. 72). Am 21. August wurde auf den Ministerpräsidenten Son Ngoc ein Attentat verübt, das jedoch sein Ziel verfehlte (NZZ 23. 8. 72). Der Riel wurde am 24. Juni von der Nationalbank abgewertet, indem diese seinen „floating-Wert“ gegenüber dem Dollar um 16% verminderte (JAT 25. 6. 72). Lon Nol erklärte am 3. Juli, daß die Erhöhung der Produktion und des Lebensstandards das „höchste Ziel“ der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik sei und rief die Bevölkerung zur Mit- und Zusammenarbeit auf (SWBFE 4032). In seiner Bot-

schaft an die Nation vom 21. Juli gestand er zu, daß die Angriffe des Vietkong und Nordvietnams die Wirtschaft beeinträchtigt und Preissteigerungen hervorgerufen habe. Um die dadurch entstandene Notlage für die ärmeren Schichten zu lindern, kündigte er an, daß alle mit einem Einkommen unter 2500 Riel im Monat einen größeren, die mit zwischen 2500–3500 Riel einen kleineren Zuschuß von Staat erhalten werden. Für Tagelöhner setzte er einen Satz von 80 Riel pro Tag fest; diese Maßnahmen wurden mit Wirkung vom 1. Juli verfügt (SWBFE 4018). Vom 31. Juli bis 1. August fand in Phnom Penh das 12. Treffen der Asiatischen Parlamentarier-Union (APU) statt, an dem Mitglieder aus Kambodscha, Taiwan, Südvietnam, Thailand, Südkorea, Indonesien, Laos, Japan und den Philippinen teilnahmen. Wichtigstes Ergebnis war die Annahme der von Japan eingebrachten Resolution zur Förderung einer Asiatischen Wirtschaftsunion (JAT 31. 7., 3. 8. 72). Am 11. August forderte die kambodschanische Regierung in einer Erklärung im Hinblick auf die nordvietnamesische Aggression gegen Kambodscha ein Eingreifen der Vereinten Nationen und die Entsendung von Beobachtern. Gleichzeitig wurden auch die USA angerufen, Kambodscha mit modernen Waffen auszurüsten (SWBFE 4067).

5. Südvietnam

Das Abgeordnetenhaus lehnte am 10. Juni ab, Präsident Thieu die Vollmacht, sechs Monate auf dem Verordnungswege zu regieren, zu übertragen; nach längerer Debatte wurde ein Kompromißvorschlag angenommen, der Thieu Sondervollmachten in Fragen der nationalen Sicherheit und der Verteidigung sowie – unter besonderen Voraussetzungen – erweiterte Vollmachten in Wirtschafts- und Finanzfragen zubilligt (NZZ 12. 6. 72).

Zur Frage der Beendigung des Vietnamkrieges vertritt Südvietnam die Ansicht, daß ein Waffenstillstand nur auf dem Acht-Punkte-Plan der Regierung vom 27. Januar zustande kommen könne (SWBFE 4031); wobei Präsident Thieu des öfteren ausführte, daß eine Koalitionsregierung in Südvietnam nicht in Frage komme, da eine derartige „verkappte Regierung“ lediglich zum Verlust des Landes d. h. zum Sieg der Kommunisten führen würde (SWBFE 4019). Ein Waffenstillstand muß nach Thieus Ansicht darauf basieren, daß Nordvietnam seine Truppen vollständig aus dem Süden abzieht (SWBFE 4031).

Am 15. Juli wurden die neuen Gesetze für den Notstand, der seit 11. Mai über das Land verhängt wurde, veröffentlicht; sie sehen u. a. Gefängnisstrafen für Demonstrationen die „Ordnung und Sicherheit“ gefährden, für Besitz und Verteilung subversiven Materials oder von Kriegsausrüstung vor. Außerdem wird der Einsatz von Gewalt durch die öffentlichen Sicherheitsbehörden neu definiert (SWBFE 4044). Am 1. August bekräftigte Präsident Thieu seinen Standpunkt über eine mögliche Kriegsbeendigung in Indochina, wobei er einen Waffenstillstand ohne Einschluß der übrigen indochinesischen Staaten ablehnte; eine beschränkte Feuereinstellung sei für Vietnam „katastrophal und unannehmbar“, da die Kommunisten in Laos und Kambodscha neue Angriffe auf Südvietnam vorbereiten würden. Gleichzeitig rief er die Alliierten auf, mit allen Kräften das politisch-wirtschaftliche Potential Nordvietnams zu zerstören, um Hanoi an den Verhandlungstisch zu zwingen. Entschieden forderte er einen Kampf bis zur „Vernichtung des Kommunismus“ (FAZ 2. 8. 72, SWBFE 4057).

Mit Wirkung vom 6. August entließ Präsident Thieu Verteidigungsminister Generalleutnant Nguyen Van Vy, der bereits seit dem 1. April suspendiert war, wegen Korruption. Außerdem wurden mehrere Offiziere und Beamte disziplinar bestraft. Premier Tran Thien Khiem wurde vorübergehend mit den Aufgaben des Verteidigungsministers betraut (SWBFE 4061, FAZ 7. 8. 72). Am 11. August wurde die letzte Infanterieeinheit aus Vietnam abgezogen. Ab 1. September sollen sich 39 000 Amerikaner in Südvietnam aufhalten, vor allem Berater, Nachschubfachsleute und Luftwaffeneinheiten (NZZ 12., 14. 8. 72). Präsident Nixons Sicherheitsberater Kissinger traf am 17. August zu zweitägigen Gesprächen mit Thieu in Saigon ein; es gilt als sicher, daß die Themen mit den Pariser Vietnamverhandlungen und neuen Vorschlägen zur Kriegsbeendigung in Verbindung standen (NZZ 17., 19. 8. 72, SWBFE 4070, 4072).

Am 26. August erließ Präsident Thieu ein neues Antikorruptionsgesetz, das für schwere Fälle die Todesstrafe bzw. lebenslängliche Gefangenschaft verhängt. Außerdem kann das Eigentum untreuer Beamter beschlagnahmt und verkauft werden, Selbstanzeige sowie Anzeigen Dritter werden belohnt (SWBFE 4078).

Die Wirtschaft ist durch den amerikanischen Abzug stark in Mitleidenschaft gezogen worden;

die Einnahmen der Regierung wurden verringert und der größte Teil der annähernd 200 000 Vietnamesen, die bei den USA-Behörden angestellt waren, verloren ihren Arbeitsplatz. Die von Präsident Thieu seit November 1971 ergriffenen Stabilisierungsmaßnahmen wirkten belebend auf die Wirtschaftsentwicklung, doch wurde der Aufwärtstrend durch die kommunistische Offensive vom Sommer beendet. Am 10. Juli kündigte die Nationalbank einen Einheitskurs für den Piaster von 425 zum US-Dollar an, womit der parallele Wechselkurs aufgegeben wurde, mit der Zielsetzung, die Regierungssubventionen auf den Außenhandel zu beschneiden (NZZ 16. 7. 72, JAT 11. 7. 72).

Außenminister Tran Van Lam besuchte vom 19. bis 22. August Laos, wo er u. a. mit Prinz Souvanna Phouma die Entwicklung in Indochina besprach, wobei Friedensvorschläge für Vietnam und die Laosfrage im Mittelpunkt standen (SWBFE 4070, 4075).

6. Nordvietnam

Am 10. Juni trat der Ministerrat unter Vorsitz von Ministerpräsident Pham Van Dong zusammen, der in einem Kommuniqué die Anerkennung für Streitkräfte und Bevölkerung aussprach. Die Tätigkeit der Delegation bei den Pariser Vietnamverhandlungen wurde „einmütig gebilligt“ (SWBFE 4013, NCNA 12. 6. 72). Mitte Juni gab die „Allgemeine Politische Abteilung“ ein Dokument über die „Organisation, Aufgaben, Führungsprinzipien und Arbeitsmethoden der Parteikomitees“ heraus, das in fünf Teilen folgende Themen behandelte:

- Parteiorganisationen und die Position der Parteikomitees
- Organisatorische Prinzipien, Wesen der Aufgabe des Aufbaus von Parteikomitees
- Führungsprinzipien und Beziehungen innerhalb der Parteikomitees
- Arbeitsmethoden und Aktivitäten der Parteikomitees
- Das Wesen des Aufbaus und der Entwicklung der Stärke der Führung von Parteikomitees (Text in SWBFE 4023, 4025, 4026, 4027).

Für den Bereich des Erziehungswesens wurden am 6. Juli neue Konstruktionen erlassen, nachdem die im letzten Jahr initiierte „zwei-gut“-Bewegung nicht den erwarteten Erfolg zeitigte. Größter Wert wird darin auf die Qualität der Erziehung auf allen Ebenen gelegt. Darüber hinaus wurde die Einhaltung der Disziplin und des Systems der Verantwortlichkeit gefordert, wobei mit aller Schärfe gegen Lauheit im Management vorgegangen werden soll (SWBFE 4038). Am 16. Juli wurde darüber hinaus für alle Staatsbürger auf dem Verordnungswege die Arbeitspflicht eingeführt, die mit der Kriegslage begründet wurde. Danach muß jeder arbeitsfähige Vietnameser bis zum „Sieg über die amerikanischen Aggressoren“ mobilisiert werden (Nhan Dan 17. 7. 72, SWBFE 4044). Diese Maßnahme verfolgt offensichtlich auch den Zweck, die Kontrolle über Partei und Volk zu verstärken und die eingetretenen Mißstände in Wirtschaft und Verwaltung (vgl. IASF 3/72, S. 473) zu beheben (SWBFE 4045, 4049).

Außenpolitik

Sozialistische Staaten. Das Staatsoberhaupt der UdSSR, Podgorny, hielt sich vom 15. bis 18. Juni zu einem „inoffiziellen Besuch“ in Nordvietnam auf; in einer von TASS publizierten Erklärung fanden die Gespräche „in einer Atmosphäre des Freimutes, der Freundschaft und der Kameradschaft“ statt, was in kommunistischer Terminologie Meinungsverschiedenheiten gleichkommt (TASS 19. 6., NZZ 21. 6. 72). Am 25. Juni wurde ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für 1972 unterzeichnet (Radio Japan 28. 8. 72). Zum 80. Geburtstag von Georgi Dimitrov besuchte eine Delegation unter Le Duc Tho Bulgarien, um über die UdSSR und China nach Hanoi zurückzukehren (SWBFE 4010, 4019). Ein Kulturabkommen wurde am 20. August mit der CSSR für 1972/73 unterzeichnet (JAT 21. 8. 72). Mit Rumänien wurde am 20. Juni ein wissenschaftlich-kulturelles Austauschprogramm für 1972/73 vereinbart (Scintea 21. 6. 72).

Sonstige. Mit Wirkung vom 1. Juni 1972 wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Chile beschlossen (SWBFE 4006). Eine Regierungsdelegation aus Schweden unter dem stellv. Außenminister Lennart Klackenborg besuchte vom 5. bis 12. August Hanoi; dem Kommuniqué zufolge bot Schweden an, seine Hilfe zu intensivieren. Sie wird für die Zeit bis 1975 insgesamt 320 Mio Kronen betragen (SWBFE 4067, NZZ 18. 8. 72).

D. Ostasien

1. Japan

a) Innenpolitik

Am 17. Juni erklärte Premierminister Eisaku Sato, daß er am 5. Juli von seinem Amt als Parteipräsident zurücktreten werde (SWBFE 4018, NZZ 19. 6., 23. 6. 72). Um seine Nachfolge bewarben sich der von Sato favorisierte Außenminister Takeo Fukuda, Handels- und Industrieminister Kakuei Tanaka, der frühere Verteidigungsminister Yasuhiro Nakasone und der frühere Außenminister Masayoshi Ohira. Nachdem Tanaka, Miki und Ohira am 2. Juli offiziell ein Wahlbündnis eingegangen waren, das sich gegen Fukuda richtete, war die wesentliche Vorentscheidung bereits gefallen (Radio Japan 3. 7. 72).

Am 5. Juli wurde vom 27. außerordentlichen Parteikonvent der LDP Kakuei Tanaka zum neuen Präsidenten gewählt. Im ersten Wahlgang hatten Tanaka 156, Fukuda 150, Ohira 101 und Miki 69 Stimmen erhalten; im zweiten Wahlgang konnte Tanaka entsprechend dem Wahlbündnis 282 Stimmen auf sich vereinigen, während auf Fukuda 190 Stimmen fielen (SWBFE 4033, FAZ 6. 7. 72, NZZ 7. 7. 72). Die Wahl Tanakas führte zu Auseinandersetzungen innerhalb der LDP, da sich die Anhänger Fukudas mit ihrer Niederlage nicht abfinden wollten; Fukuda selbst lehnte eine Beteiligung an der Regierung ab.

Am 7. Juli stellte Tanaka sein Kabinett vor, deren wichtigste Posten wie folgt besetzt sind: Außenminister: Masayoshi Ohira; Justizminister: Yuichi Kori; Finanzminister: Koshiro Ueki; Handels- und Industrieminister: Yasuhiro Nakasone; Innenminister: Hajime Fukuda; Arbeitsminister: Hajime Tamura; Gesundheitsminister: Shunji Shiomi; Transportminister: Hideyo Sasaki (SWBFE 4035, NZZ 9. 7. 72).

Am 29. August wurde der frühere Außenminister Miki zum Stellvertreter Tanakas ernannt, womit dieser Posten zum erstenmal seit zwölf Jahren wieder besetzt wurde (NZZ 31. 8. 72). Generaldirektor des Verteidigungsamtes wurde Keikichi Masuhara, der bereits bis 1971 dieses Amt innehatte.

Am 1. August wurde vom Verteidigungsamt der 4. Fünf-Jahres-Plan vorgelegt, der Ausgaben in Gesamthöhe von 4,9 Mio Yen vorsieht. Die Gesamtausgaben sind um 500 000 Mio Yen geringer als im Programm des Amtsvorgängers Nakasone, doch immer noch doppelt so hoch wie die im vorausgegangenen Fünf-Jahres-Plan (SWBFE 685, MD 2. 8. 72). Am 15. Juli beging die Japanische Kommunistische Partei (JCP) den 50. Jahrestag ihrer Gründung, wobei der Vorsitzende Kenji Miyamoto China und die UdSSR wegen ihrer Politik gegenüber der USA kritisierte. Unter Miyamoto wuchs die JCP auf fast 300 000 Mitglieder an und hat im Weltkommunismus einen unabhängigen Kurs eingeschlagen (JAT 16. 7. 72).

Die Bevölkerung Japans betrug Ende März 1972 nach offiziellen Angaben 105,85 Mio Einwohner; 52,23 Mio von ihnen sind Männer, 53,62 Mio Frauen. Die Zunahme von 1,31 Mio bzw. 1,26% ist die höchste seit 1967. Tokio ist mit 11,28 Mio Einwohnern die größte Stadt Japans und ist gegenüber dem Vorjahr um 80 000 gestiegen (NZZ 2. 9. 72).

Okinawa. Am 25. Juni wurde der Gouverneur der Präfektur Okinawa, Chobyo Yara, wiedergewählt; mit Hilfe der Unterstützung dreier linksgerichteter Parteien konnte er den konservativen Kandidaten der LDP klar schlagen (SWBFE 4025). Vom 15. Juli an übernahmen Einheiten der Selbstverteidigungstreitkräfte Japans die ehemals amerikanischen Militärbasen; bis Ende des Jahres sollen insgesamt 2930 Mannschaften und Offiziere stationiert werden, davon 250 Luftwaffen- und 530 Marineangehörige (SWBFE 4039).

b) Wirtschaftspolitik

Das Brutto-Agrarprodukt Japans erreichte 1971 einen Wert von 4,33 Mio Yen, was einer Abnahme von 4,9% gegenüber dem Vorjahr entspricht, womit das Agrarprodukt zum erstenmal seit 1956 zurückgegangen ist (NZZ 30. 6. 72).

Mit Wirkung vom 23. Juni beschloß die Bank von Japan die Senkung des Diskontsatzes um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt auf $4\frac{1}{4}\%$, womit die Rate auf den niedrigsten Stand der Nachkriegszeit sank. Die Maßnahme soll die Konjunktur anregen, einen Ausgleich der Zahlungsbilanz erzielen und erneuten Druck zur Aufwertung des Yen verhüten. Außerdem wurde die Senkung der Bank- und Postsparzinsen für Mitte Juli und Anfang August genehmigt (NZZ 24. 6. 72). Als Folge des Floaten des engl. Pfundes wurde der Devisenmarkt vom 25. bis 29. Juni geschlossen, um den Yen zu halten. (NZZ 26. 6. 72, SWBFE 4026).

Am 30. Juni wurde von der Regierung ein Weißbuch über die „Beziehungen zwischen Arbeit und Wirtschaft in Japan 1971“ veröffentlicht. Es betont die Notwendigkeit einer Wohlfahrts-politik für Arbeiter, befürwortet eine Arbeitszeitverkürzung in Verbindung mit der Einführung der Fünf-Tage-Woche und eines regelmäßigen Sommerurlaubs (vgl. SWBFE 680). Im Hinblick auf die Yen-Abwertung erklärte Premier Tanaka, daß diese nicht in Frage komme (FAZ 7. 7. 72). Mitte Juli wurde im Kabinett eine Beschränkung des jährlichen Handelsüberschusses mit den USA auf 2000 Mio Dollar beschlossen, die durch die Ankurbelung der einheimischen Nachfrage bei Erweiterung der Importe aus den USA erreicht werden soll (JAT 22. 7. 72). Am 1. August wurde ein Weißbuch über die Wirtschaftslage veröffentlicht, das ein Wirtschaftswachstum in direkter Koppelung mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen fordert. Die Regierung wird aufgefordert, der Verbesserung der Sozialversorgung Priorität einzuräumen (Radio Japan 1. 8. 72).

Die Zahlungsbilanz schloß im Juni mit einem Aktivsaldo von 240 Mio Dollar, im Juli mit einem von 410 Mio Dollar, während es im Februar noch 660 Mio waren. Mit Wirkung vom 1. September beschloß die Regierung, die Importbestimmungen für Privateinfuhren zu vereinfachen, wobei Privatpersonen oder Firmen Waren bis zu einem Wert von 1000 Dollar ohne Lizenz einführen können; die bisherige Grenze lag bei 200 Dollar (Radio Japan 25. 8. 72) (über die Ausländinvestitionen in Japan vgl. NZZ 9. 8., 10. 8. und 12. 8. 72).

c) Außenpolitik

Amerika. Henry Kissinger besuchte vom 9. bis 12. Juni auf Einladung des japanisch-amerikanischen Wirtschaftsrates Tokio, wo er u. a. mit Premier Sato zusammentraf. Der bereits zweimal verschobene Besuch sollte einer Abstimmung mit Sato über dessen Rücktritt sowie über die Haltung in der Chinafrage dienen. Neben der Versicherung der Bedeutung Japans für die Außenpolitik der USA wurde eine Konsultation Japans bei wichtigen Fragen vereinbart und Kaiser Hirohito zu einem Besuch in die USA eingeladen (NZZ 12. 6., FAZ 13. 6. 72). Zu Differenzen kam es wegen des Anfluges japanischer B-52-Bomber am 8. und 9. Juli auf Okinawa wegen eines Taifuns über Guam; die Landung der insgesamt 29 Flugzeuge führte zu heftigen Protesten der Oppositionsparteien und von Gouverneur Yara. Premier Tanaka erklärte am 9. Juli, daß die Landung „unvermeidlich“ war (SWBFE 4037). Vom 25. bis 28. Juli wurde in Hakone in der Nähe Tokios eine gemeinsame Handelskonferenz auf Regierungsebene abgehalten, die auf amerikanischer Seite von William Eberle, auf japanischer von Kiyohiko Tsurumi geleitet wurden. Auch Tanaka selbst hatte sich für den Ausgleich der Handelsbilanz stark gemacht; er gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Fragen durch diplomatische Verhandlungen gelöst werden könnten. Henry Kissinger hielt sich am 19. August zu einem weiteren 18stündigen Besuch in Tokio auf, wo er das Treffen Tanaka-Nixon vorbereitete. Einziges veröffentlichtes Ergebnis des Besuches ist die Vereinbarung, daß US-Botschafter Ingersoll und der stellv. Außenminister Tsurumi bis zum Gipfeltreffen eine Übereinkunft über die Verringerung des Handelsbilanzdefizits zustande bringen sollten (SWBFE 4072, NZZ 21. 8. 72).

Vom 1. bis 2. September fand auf Hawaii die Gipfelkonferenz zwischen Nixon und Tanaka statt, die einen neuen Abschnitt in den Beziehungen zwischen beiden Staaten einleitete. Im Abschlußkommuniqué wurde der Wunsch beider Staaten ausgedrückt, „ein neues Kapitel auf dem Wege zur Entwicklung von immer engeren Beziehungen zwischen den beiden Ländern“ zu beginnen, was Außenminister Ohira dahingehend verdeutlichte, daß die Entwicklung von einem „Vormund-Mündel-Verhältnis“ zu einer „reifen Partnerschaft“ wird, während Premier Tanaka betonte, daß „in einer multipolarisierten Welt Japan größere Verantwortung in der internationalen Gemeinschaft übernimmt, die mit seiner gesteigerten nationalen Macht übereinstimmen“. Die Aufrechterhaltung des Vertrages über Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten wird hervorgehoben, während Taiwan nicht erwähnt wurde. Beide Staatsführer treten für eine engere Zusammenarbeit ein, die sich primär auf bilaterale und globale Wirtschaftsmaßnahmen erstrecken soll. Außerdem wurde eine Handelsvereinbarung getroffen, nach der Japan im Rahmen eines Importprogramms Güter im Wert von 1,1 Mia Dollar bis zum Frühjahr 1974 aus den USA beziehen wird. Zusammenfassend gesehen signalisierte das Treffen einen deutlichen Wandel im Verhältnis beider Seiten, wobei in der Handelskontroverse ein „Waffenstillstand“ gefunden wurde (NZZ 2., 4., 5. 9. 72).

Ein Institut für den Kulturaustausch mit Kuba soll nach sowjetischen Angaben in Tokio

bestehen, das in den letzten Jahren japanische Freiwillige zur Zuckerernte nach Kuba entsandte (TASS 14. 6. 72, SWBFE 4017). Der Außenminister von Guatemala, Robert Ibarquen, kam am 29. Mai zu einem fünftägigen Besuch nach Japan, wo er u. a. mit Fukuda zusammentraf und die Entwicklung der politisch-wirtschaftlichen Kontakte besprach (Kyodo 30. 5. 72, SWBFE 4003). Mit Ecuador wurde am 28. Juni ein Abkommen über die Gründung einer gemeinsamen Schifffahrtsgesellschaft unterzeichnet (JAT 30. 6. 72). Ein Kreditabkommen über 4000 Mio Yen zum Bau eines Mikrowellensystems wurde Ende Juni mit Peru unterzeichnet (JAT 29. 6. 72).

Sozialistische Staaten. Alexander Ishkov, Fischereiminister der UdSSR, besuchte vom 6. bis 13. Juni Japan. Am 7. Juni unterzeichnete er ein Fischereiabkommen, demzufolge u. a. 330 japanische Fischerboote im Gebiet der Kaigara-Inseln gegen Gebühr fischen dürfen (vgl. IASF 3.72, S. 491) (SWBFE 4010). Außer mit seinem Amtskollegen Munenori Akagi traf Ishkov auch mit Fukuda und Premier Sato zusammen, wobei er u. a. über die gegenseitigen Handelsbeziehungen, die Kurilen-Frage und die Erforschung Sibiriens sprach; in einem Kommuniqué wurden Gespräche als „Schritt vorwärts“ in den gegenseitigen Beziehungen bezeichnet (SWBFE 4013, 4013 JAT 11. 6. 72). Vom 16. bis 23. Juni besuchte eine japanische Expertendelegation die Ölfelder von Tyumen, um die Förderung der Erdölreserven zu überprüfen; die Fachleute, zu denen drei Regierungsbeamte gehörten, erklärten nach ihrer Rückkehr, daß das Erdöl für Japan geeignet sei (SWBFE 4018, 4025, JAT 6. 7. 72). Die Kurilen-Frage steht nach wie vor im Zentrum der Beziehungen Moskau–Tokio. Am 13. Juni berichtete die Agentur Kyodo, daß die Sowjetunion keine Zugeständnisse über die „Linie von 1960“ machen würde, wenn demnächst Verhandlungen über einen Friedensvertrag geführt würden. Diese „Linie von 1960“ beruht darauf, daß die UdSSR die Habomai und Shikotan-Insel östlich von Hokkaido nur zurückgeben würden, wenn alle fremden Streitkräfte aus Japan abgezogen würden (SWBFE 4015, JAT 14. 6. 72). Am 17. Juli wurde vom Außenministerium der Beginn der Vorbereitungen über Friedensgespräche bekanntgegeben, nachdem zuvor UdSSR-Botschafter Trojanovskij mit Ohira zusammengetroffen war (JAT 16. 7. 72, SWBFE 4064). Anfang August beschloß die japanische Regierung die Verdoppelung des Budgets für die Kampagne zur Zurückholung der Kurilen für das Finanzjahr 1973 auf 298 Mio Yen, um seinem Anspruch Nachdruck zu verleihen (SWBFE 4047, 4078, JAT 30. 8. 72). Eine Reihe von Kontakten ergaben sich „unterhalb“ der Regierungsebene – beispielsweise die Abhaltung der 3. Konferenz des japanisch-sowjetischen Rates der Stadtoberhäupter vom 26. 7. bis 4. 8. in Irkutsk, der Besuch einer Bürgerdelegation aus Hokkaido im Juli in Moskau oder der einer Ingenieurdelegation vom 15. bis 25. Juli in der UdSSR (SWBFE 4030, 4031, JAT 20. 7. 72).

Asien. Die China-Politik Japans wurde durch den „Nixon-Schock“ in ihren Grundfesten erschüttert und führte zu einer Neuorientierung gegenüber den beiden chinesischen Staaten, die auf Kosten der Republik China geht. Peking, das Japan unter Sato keine Chance auf eine Normalisierung ließ, setzte auf seinen Nachfolger, was durch einen intensivierten Besucheraustausch, der erstmals auch Abgesandte Pekings nach Tokio führte, demonstriert wurde.

Der Leidtragende dieser Entwicklung ist ohne Zweifel die Republik China, für die Japan bislang bester und wichtigster Verbündeter in Asien war – in kultureller wie wirtschaftlicher Hinsicht. Am 23. Juni wurde noch ein Vertrag über Kredite in Höhe von 8082 Mio Yen (bei 5,5% Zins, Laufzeit 15 Jahre) unterzeichnet (JAT 24. 6. 72). Außenminister Ohira erklärte am 3. August, daß Japan seine politischen Beziehungen mit Taiwan bei einer Normalisierung mit Peking nicht werde fortsetzen können, wobei er sich auf Gespräche mit Vertretern Pekings bezog (Kyodo 3. 8. 72, SWBFE 4059). Der Bruch mit Taiwan wurde von Tanaka nach Abschluß der Gespräche mit Nixon bekanntgegeben, als er erklärte, daß „kein Land gleichzeitig Beziehungen zur Volksrepublik China und zu Taiwan“ unterhalten kann; die Peking-Reise Tanakas wurde für Ende September avisiert (FAZ 3. 9. 72).

Als Folge des Wandels in der Chinafrage wurde auch die Politik gegenüber beiden Korea modifiziert. Das Kommuniqué zwischen Nord- und Südkorea über die gemeinsamen Verhandlungen wurde offiziell begrüßt (JAT 6. 7. 72), und im Juli erlaubte Japan erstmalig Japan-Koreanern die Wiedereinreise nach einem Nordkorea-Besuch (FAZ 17. 7. 72). Vom 18. bis 27. Juli besuchte eine Delegation der JSP unter Kaku Ashika Nordkorea, die am 23. Juli

vom Kim Il-sung empfangen wurde. In der Abschluß-Erklärung stellte sich die Delegation ganz auf den Standpunkt ihrer Gastgeber, verurteilte den „US-Imperialismus“ und forderte eine Intensivierung der Beziehungen Japans zu Nordkorea (Text SWBFE 4055). Am 22. August kamen beide Staaten überein, die Handelsgespräche wieder aufzunehmen, die seit der Pfundkrise im Juni unterbrochen waren; der Handel wird künftig auf DM-Basis abgewickelt werden (SWBFEW 688). Südkorea wurde für den Ankauf von Rohstoffen und Waren in Japan Kredite in Höhe von 50 Mio Dollar zur Verfügung gestellt (Laufzeit 20 Jahre, 3,5% Zins) (JAT 29. 6. 72). Mit Thailand wurde am 19. Juli nach einjährigen Verhandlungen ein Abkommen über den Kauf einer Mio t Reis abgeschlossen (JAT 25. 7. 72). Am 24. Juli wurde mit Indonesien ein Vertrag über Wirtschaftshilfe für 1972 in Höhe von 34,7 Mio Yen unterzeichnet, gleichzeitig wurde eine Anleihe in Höhe von 21,6 Mio Yen zugesagt (SWBFEW 684, JAT 25. 7. 72). Ein Abkommen mit den Philippinen vom 14. Juli über einen Kredit in Höhe von 9 Mio Yen sieht die Finanzierung von Entwicklungsprojekten vor (Laufzeit 20 Jahre, 3,5% Zins) (JAT 15. 7. 72).

2. Volksrepublik China

a) Innenpolitik

Am 5. Juni wurde eine neue „patriotische Gesundheitskampagne“ eingeleitet, die sich gegen die „gesundheitlichen Übel des Sommers“ richtete und sich an den beiden Leitlinien 1. „Vorbeugen statt heilen“ und 2. „Die Medizin muß unter die Volksmassen, auf die Dörfer“ orientierte (SWBFE 4009).

Ebenfalls am 1. Juni wurde der Internationale Kindertag in ganz China gefeiert, an dem Tausende von Kindern und „kleinen roten Soldaten“ an Versammlungen und Kundgebungen teilnahmen. Die aus diesem Anlaß publizierten Artikel zeigen, daß die Diskussion um die ideologische Erziehung im vollen Gange ist (JMJP 1. 6. 72, SWBFE 4007).

Am 1. Juli wurde der 51. Jahrestag der Gründung der KP Chinas begangen, doch geschah dies im Gegensatz zu den Vorjahren ohne demonstrative Massenveranstaltungen und Aufmärsche; die dominierende Stellung Mao Tse-tungs wurde durch ein Foto und einen Ausspruch von ihm zum Jahrestag in der Jen-min Jih-pao demonstriert (JMJP 1. 7. 72). Am 16. Juli wurde der 6. Jahrestag des Schwimmrekords von Mao Tse-tung gefeiert, wozu ein Massenschwimmen in allen Provinzen durchgeführt wurde (NCNA 21. 7. 72).

Kulturpolitisch von Bedeutung sind die Ausgrabungen, die seit der Kulturrevolution in großem Maße durchgeführt werden und im krassen Gegensatz zu der zuvor betriebenen Politik der Verdammung alles „Alten“ steht. In Sian sollen in den letzten Jahren mehr als 150 000 Kulturgegenstände ausgegraben worden sein (Radio Peking 17. 6. 72) und in der Provinz Hunan wurde eine mehr als 2000 Jahre alte Grabstätte entdeckt, die zu den wichtigsten bisher in China gemachten archäologischen Funden gehört (PR 1972, Nr. 32, S. 11–14). Ebenfalls eine Abkehr von der Praxis der Kulturrevolution stellt die in jüngster Zeit feststellbare Intensivierung des Fremdsprachenunterrichts dar. Die Ursachen dafür liegen offensichtlich in einem gesteigerten Bedarf der chinesischen Politik und Diplomatie an Sprachkundigen, wird jedoch auch ideologisch motiviert: Das Lernen fremder Sprachen dient auch dazu, „um mit den Fremdsprachen als Werkzeug auf internationaler Ebene gegen den Klassenfeind zu kämpfen“ (Hung Chi 1972/Nr. 7).

Über das Schicksal von Lin Piao, Verteidigungsminister und designiertem Mao-Nachfolger, wurde über die Botschaft Chinas in Algerien am 28. Juli erstmals Offizielles bekannt: Danach ist Lin Piao bei einem Flugzeugabsturz in der Mongolischen VR am 12. September ums Leben gekommen. Ihm werden Irrtümer und Arroganz vorgeworfen, sein „perverser Charakter“ habe ihn dazu verleitet, einen Staatsstreich zu versuchen und die Ermordung Mao Tse-tungs zu planen (NZZ 30. 7. 72). Am 1. August wurde der 45. Jahrestag der chinesischen Volksbefreiungsarmee begangen, der Mao Tse-tung als Gründer und alleinigen Befehlshaber zeigten, offensichtlich als Demonstration der ungebrochenen Einheit der Armee auch nach dem Abtreten Lin Piaos (JMJP 1. 8. 72, PR 1972/Nr. 34).

Das atomare Rüstungspotential Chinas umfaßt nach amerikanischen Angaben ca. 100 Atomsprenköpfe und ca. 30 Träger für Atomwaffen; bis 1975 soll China ca. 110 Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite bis 1600 km einsatzbereit haben, während ein U-Boot- oder Raketensystem bis dahin nicht verfügbar sein wird (ddp 6. 6. 72).

Die Bevölkerungszahl Chinas betrug nach einem in China herausgegebenen Atlas 1970 697 260 000 Einwohner, eine Zahl, die wesentlich unter westlichen Schätzungen liegt (Times 5. 8. 72). Die letzte Statistik wurde 1957 veröffentlicht, nach ihr lebten 656 630 000 Bürger in China.

b) Wirtschaftspolitik

Die Währung Chinas, der Yüan, wurde Anfang Juli gegenüber dem Hongkong-Dollar erneut aufgewertet, womit die Parität 36,8 Yüan zu 100 Hongkong-Dollar beträgt; es war dies die vierte Aufwertung seit der Freigabe des Hongkong-Dollars am 29. Juni 1972.

Am 24. Juli gab China den Abschluß eines „vorläufigen Kaufvertrags“ für zwei Concorde-Überschall-Verkehrsflugzeuge bekannt. Bereits vorher waren zehn „Boeing 707“ sowie sechs „Trident“ gekauft worden, womit die Luftflotte Chinas mit modernsten Maschinen bestückt ist. Insgesamt sollen innerhalb Chinas Flugverbindungen zwischen mehr als 70 Städten bestehen.

Das Durchschnittseinkommen für den chinesischen Arbeiter beträgt 32 Yüan (ca. 60 DM), für Techniker 80 Yüan und Ingenieure 120–150 Yüan. Die Mietkosten betragen einschließlich Wasser und Strom zwischen 2,5–7 Yüan, für Essen werden monatlich 30 Yüan veranschlagt. Die Bauern verdienen zwischen 30–40 Yüan monatlich, doch kann dies durch Tierzucht und Privatbewirtschaftung eines kleinen Gartens aufgebessert werden (La Nouvelle Chine 1972/Nr. 8). Über die Entwicklung auf dem Wohnungsbausektor wurde Anfang August gemeldet, daß in der Zeit von 1949 bis 1971 Wohnungen mit einer Gesamtfläche von mehr als 63 Mio qm in Industriestädten gebaut wurden (Radio Peking 6. 8. 72, vgl. IASF Nr. 2/72, S. 287).

c) Außenpolitik

Vereinte Nationen. Auf der 53. Tagung des „Economic and Social Council“ (ECOSOC) forderte China die Einstellung der Unterstützung für tibetische und chinesische Flüchtlinge in Hongkong und Macao, da Tibet zu China gehöre und die Flüchtlingsfrage somit nichts anderes als eine Einmischung in interne Angelegenheiten Chinas sei. Da auch Hongkong und Macao chinesisches Gebiet ist, ist das Überwecheln von Chinesen in diese Gebiete ebenfalls interne Angelegenheit Chinas (HNA 27., 31. 7. 72, PR 1972/Nr. 32). Eine ständige Vertretung, die Kontakt mit internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz halten soll, wird China beim Genfer Büro der Vereinten Nationen einrichten (NZZ 10. 8. 72). Generalsekretär Kurt Waldheim besuchte vom 11. bis 15. August die VR China. Auf einem Bankett zu seinen Ehren am 12. August attackierte Peking erneut die Rolle der „Supermächte“ in der UNO, während Waldheim die Kooperation der Großmächte als „Weg zur Regelung internationaler Probleme“ bezeichnete. Über den Inhalt der Gespräche wurde im einzelnen nichts bekannt, doch kann als sicher gelten, daß alle internationalen Probleme zur Diskussion standen. Waldheim, der auch mit Chou En-lai zusammentraf, schlug China die Einrichtung eines Informationsbüros in Peking vor (SWBFE 4067, 4069).

Europa. Unverändert groß ist das Interesse Pekings an den Ereignissen in Europa, was sowohl durch die Intensivierung der Kontakte zu den einzelnen Staaten wie durch das Interesse an der Europäischen Gemeinschaft und der ablehnenden Haltung gegenüber dem Projekt einer Europäischen Sicherheitskonferenz deutlich wird. Im Hinblick auf diese Konferenz hat Peking gegenüber westlichen Politikern neben seiner Mißbilligung auch sein Interesse an einer Teilnahme kundgetan (FAZ 12. 7. 72). Betont sachlich wurde von der chinesischen Presse das am 22. Juli in Belgien unterzeichnete Abkommen zwischen den EWG- und den EFTA-Ländern über die Schaffung eines Freihandelsraumes berichtet (PR 1972/Nr. 31, S. 22).

Die Beziehungen zur Bundesrepublik stehen im Zeichen des Peking-Besuches von Gerhard Schröder und einer im Gegensatz zu früher sachlichen Darstellung der deutschen Politik. So wurde die Ratifizierung der Ostverträge (HNA 6. 6. 72) als auch der Rücktritt Schillers (HNA 13. 7. 72) korrekt-kommentarlos berichtet. Vom 15. bis 28. Juli hielt sich der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses Gerhard Schröder in der Volksrepublik auf, wo er am 19. Juli mit Chou En-lai zusammentraf. Offiziell wurde über die Gesprächsthemen nichts verlautbart, doch dürften die Beziehungen Bonn–Peking und Fragen der europäischen Politik im Mittelpunkt gestanden haben. Mit dem stellvertretenden Außen-

minister Chiao Kuan-hua wurden „gemeinsame Auffassungen“ schriftlich festgelegt, die jedoch ebenfalls nicht veröffentlicht wurden. Nach seiner Unterredung mit Chou En-lai am 20. Juli hatte Schröder erklärt, daß Peking keine Vorbedingungen für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen gestellt habe, und wenig später führte er aus, daß er den Weg kenne, der zu dieser Aufnahme führe. Nach Angaben von Staatssekretär Ahlers hat „der Bundeskanzler... die Reise... von Anfang an befürwortet und unterstützt“ (FAZ 24. 7. 72). Nach seiner Rückkehr forderte Schröder, der stets die überparteiliche Mission seiner Reise betont hatte, „schlichte Normalität“ in den Beziehungen zu China (FAZ 17., 21., 24., 26. 7. 72). (Zur Reaktion im Sowjetblock vgl. Sozialistische Staaten.)

Mit Griechenland wurde am 15. Juni die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart; entsprechend dem Communiqué dazu erkennt es die VR China als „einzig rechtmäßige Regierung von China“ an und nimmt den Anspruch Pekings auf Taiwan „zur Kenntnis“ (HNA 16. 7. 72). Die Beziehungen zur Republik China wurden daraufhin abgebrochen (vgl. Republik China). Die Beziehungen zu Großbritannien wurden durch den Besuch von Unterstaatssekretär Anthony Royle vom 30. 5. bis 7. 6. in Peking intensiviert. In Gesprächen mit Außenminister Chi Peng-fei und Außenhandelsminister Pai Hsiang-kuo wurden primär europäische Probleme behandelt; ein gemeinsames Communiqué wurde nicht veröffentlicht (SWBFE 4009, 4011). Unabhängig davon wurde Londons Politik gegenüber Nordirland von China in mehreren Stellungnahmen kritisiert (PR 1972/Nr. 7 u. 8). Frankreichs Außenminister Maurice Schumann hielt sich vom 5. bis 12. Juli in der VR China auf. Die Bedeutung dieses Besuches wird durch den Empfang Schumanns durch Mao Tse-tung demonstriert, der eine außergewöhnliche Würdigung für den französischen Gast bedeutet. Auch in den Gesprächen Schumanns mit chinesischen Politikern standen zum einen die bilateralen politischen und wirtschaftlichen Kontakte, zum anderen aber Fragen der europäischen Politik und ein Meinungsaustausch über die internationalen Krisenherde im Mittelpunkt. Außerdem wurde ein Austauschprogramm für den wissenschaftlich-kulturellen Sektor für 1972/73 vereinbart (SWBFE 4038, 4039, HNA 7. 7. 72, NZZ 13. 7. 72). Über die Schweiz veröffentlichte „Hsinhua“ am 1. Juni einen ausführlich-positiven Artikel, der unter dem Motto „Alle Länder, ob groß oder klein, sollen gleichberechtigt sein“ stand (NZZ 9. 6. 72). Vom 10. bis 19. Juni hielt sich eine Luftfahrtdelegation zu Verhandlungen über ein Luftfahrtabkommen, das noch vor Jahressende unterzeichnet werden soll, in Peking auf (NZZ 26. 6. 72).

Asien. Die Beziehungen zu Japan waren bislang durch die Frontstellung zu Sato gekennzeichnet, was auch der Kommentar Pekings zum Rücktritt Satos bestätigte (HNA 22. 6. 72). Chou En-lai begrüßte denn auch die Absicht Tanakas zur Normalisierung der Beziehungen mit China (HNA 11. 7. 72), und mehrere japanische Politiker – Koso Sasaki, JSP, Y. Takeiri, Komeito – reisten zu Sondierungsgesprächen nach Peking (JAT 21., 26. 7. 72). Am 22. Juli traf Außenminister Ohira mit Hsiao Hsiang-chien und Sun Ping-hua zusammen und vereinbarte mit ihnen, die Beziehungen „so schnell wie möglich“ zu normalisieren (JAT 23. 7. 72). Zur konkreten Vorbereitung des Besuches Tanakas in Peking reiste eine Delegation der LDP unter Hideji Kawasaki am 15. August nach Peking, die die Aufgabe hatte, den japanischen Standpunkt klarzulegen (JAT 15. 8. 72) (vgl. Japan/Außenpolitik). Das Handelsvolumen beider Staaten erreichte mit 524,26 Mio US-Dollar im ersten Halbjahr 1972 den bisher höchsten Stand, der um 27,30% über dem des Vorjahres lag (JAT 20. 7. 72). Im August besuchte eine Wirtschaftsdelegation Peking, die am 30. 8. von Chou En-lai empfangen wurde; dieser betonte das Interesse am Import von Stahl, Düngemitteln und Fabrikanlagen auf langfristiger Basis aus Japan (JAT 31. 8. 72).

Zum 18. Jahrestag des Genfer Indochinaabkommens 1954 veröffentlichte China einen Leitartikel in der „Volkszeitung“, in dem deutlich gemacht wurde, daß China keine neue ähnliche Formel akzeptieren und auch nicht im Vietnamkonflikt vermitteln wolle (JMJP 20. 7. 72). Amerikanischen Angaben zufolge stehen insgesamt zwei Öl-Pipeline-Verbindungen zwischen China und Nordvietnam; damit können täglich ca. 1000 t Öl geliefert werden, die die Brennstoffsituation Hanois verbessern (NZZ 26. 7., IHT 7. 8. 72). Im Hinblick auf die Auseinandersetzung über die Bombardierung von Deichen in Nordvietnam unterstützte Peking Hanoi mit Nachdruck und verurteilte die „kriminellen Akte des US-Imperialismus“ (HNA 11., 14. 8. 72). Auf dem Rückweg von Paris machte Le Duc Tho nach Moskau auch in Peking Station, wo er am 17. August von Chou En-lai empfangen wurde (NZZ 21. 8. 72). Aus Burma traf am 7. August eine Tennismannschaft in Peking ein, die unter der Leitung

von Oberstleutnant Aye Pe, eines Vertrauten von Präsident Ne Win, stand — womit ein weiteres Beispiel für die erfolgreiche „Ping-Pong-Diplomatie“ Pekings gegeben ist. Gleiches trifft auf die Kontakte zu den Philippinen zu, deren Generalsekretär des Tischtennisverbandes, P. V. Gonzales, am 6. August in Peking eintraf. Da die Beziehungen beider Staaten zu China nicht gerade als gut bezeichnet werden können, liegt es nahe, daß auch in diesen Fällen sportliche Kontakte zu politischen Gesprächen benutzt werden. (Zu den Beziehungen zu China vgl. auch Thailand, Malaysia, Indonesien.)

Am 25. August legte China im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sein Veto gegen die Aufnahme von Bangla Desh in die Weltorganisation ein. Die Ablehnung wurde von China damit begründet, daß es Indien und der Sowjetunion im Prinzip darum gehe, „die Spannung auf dem südasiatischen Subkontinent aufrecht zu erhalten und zu verschärfen, um daraus Nutzen zu ziehen“ (AP 25. 8. 72, HNA 26. 8. 72). Die Ministerpräsidentin von Sri Lanka, Frau S. Bandaranaike, besuchte vom 24. Juni bis 5. Juli die Volksrepublik China, wo sie u. a. von Mao Tse-tung, Tung Pi-wu und Chou En-lai zu Gesprächen empfangen wurde. Sri Lanka erhielt dabei von China einen langfristigen Kredit in Höhe von 307 Mio Rupien und ein Darlehen in Höhe von 510 Mio Rupien. In dem gemeinsamen Kommuniqué wurde eine Intensivierung der zwischenstaatlichen Beziehungen vereinbart, bedankte sich Frau Bandaranaike für die Unterstützung, die China jahrelang an Sri Lanka geleistet habe (SWBFE 4032, 4038). Indiens Außenminister Surendra Pal Singh gab am 10. August bekannt, daß sich der Botschafter seines Landes am 14. Juli mit seinem chinesischen Amtskollegen in Warschau getroffen habe.

Sozialistische Staaten. Der Besuch Gerhard Schröders in Peking löste eine heftige Reaktion in den Staaten des Sowjetblocks aus, die sich in zahlreichen Artikeln niederschlug und deren Tenor durchweg auf einem Bündnis zwischen Peking und den „reaktionärsten Kreisen“ der BRD lag (vgl. u. a. ND 26. 7., Borba 11. 7., Literaturnaja Gaseta 19. 7. 72).

Am 2. Juni berichtete Peking erstmals über den Besuch Präsident Nixons in der UdSSR (vom 22. bis 30. Mai), enthielt sich dabei jeglichen polemischen Tons (HNA 3. 6. 72). Am 13. Juni wurde zwischen beiden Staaten ein Abkommen über Warenaustausch und Zahlungsverkehr für 1972 unterzeichnet, wozu eine sowjetische Delegation unter dem stellv. Außenhandelsminister I. T. Grishin nach Peking gekommen war (HNA 14. 6. 72). Die Polemik zwischen beiden Staaten erhielt durch die angebliche Äußerung Chou En-lais gegenüber amerikanischen Senatoren über eine durchaus wünschenswerte Präsenz der USA im Pazifik, was von der Sowjetunion sofort aufgegriffen wurde, eine neue Note (Pr 16. 7., NZZ 18. 7. 72). Am 20. August führte der Journalist J. Shukow im sowjetischen Fernsehen aus, daß Moskau am Abschluß einer Reihe bilateraler Abkommen mit China gelegen sei, wobei er ein Nichtangriffsabkommen, ein Abkommen über Grenzfragen und eines über Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen erwähnte. Gleichzeitig erhob er Vorwürfe gegen die Handelsbeziehungen Chinas zu den „kapitalistischen Staaten“ und die Haltung Chinas gegenüber der EWG. Diese Beschuldigungen wurden auch von der Presse des Sowjetblocks wiederholt (MD 21. 8. 72). Ein in Hongkong veröffentlichter Weltatlas war der Anlaß für weitere Attacken auf die „Pekinger Führer“, da in diesem Atlas ca. 1,5 Mio qkm sowjetischen Gebiets als chinesisch bezeichnet sind (Isv 7. 8. 72).

Amerika. USA. Vom 19. bis 23. Juni besuchte Henry Kissinger zum vierten Male zu Gesprächen mit der politischen Führung Peking, deren Themen vor allem die Entwicklung im Vietnamkrieg, der Rücktritt Satos und die Taiwanfrage waren (SWBFE 4018). Am 25. August protestierte Peking energisch gegen die Bombardierung eines chinesischen Rettungsbootes an der Küste Nordvietnams, bei der fünf chinesische Seeleute ums Leben kamen (NZZ 26. 8. 72). Ein Vertrag über die Errichtung einer Bodenstation für Fernmeldesatelliten wurde am 17. August mit einer amerikanischen Firma in Peking unterzeichnet (NZZ 19. 8. 72). Kanadas Außenminister Sharp eröffnete am 28. August in Peking eine dreizehntägige Messe, die größte je von Kanada im Ausland veranstaltete, auf der 225 Firmen ausstellten.

Mit Chile wurden am 8. Juni vier Verträge unterzeichnet, in deren Rahmen Peking u. a. ein zinsloses Darlehen in Höhe von 65 Mio US-Dollar gewährt (HNA 9. 6. 72, NZZ 14. 6. 72). Damit steht Chile als erster lateinamerikanischer Staat an neunter Stelle der Entwicklungshilfeempfänger Pekings.

Naher Osten. In einem Kommentar zum 20. Jahrestag der Vertreibung von König Faruk aus Ägypten wurde der Entschluß von Präsident Sadat, die sowjetischen Berater auszuweisen, als Ausdruck des Kampfes gegen die mit „stillschweigender Duldung und Unterstützung der Supermächte begangene Aggression (Israels) bis zum Endsieg fortzusetzen“ bezeichnet (HNA 24. 7. 72). Der Ministerpräsident der Republik Yemen besuchte vom 8. bis 17. Juli die VR China. Dem gemeinsamen Kommuniqué zufolge wurde ein Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit geschlossen, wobei sich beide Seiten im Kampf gegen „Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus“ einig sind (HNA 19. 7. 72). Im Rahmen des Abkommens erhält Yemen einen Kredit von 8,5 Mio US-Dollar (Laufzeit fünf Jahre), der für Landwirtschaft und Straßenbau genutzt werden soll (PR 1972 Nr. 31, S. 19); außerdem stellt Peking einen Investitionskredit in Höhe von ca. 22 Mio US-Dollar für Entwicklungsprojekte zur Verfügung.

Afrika. Die erste Regierungsdelegation aus R u a n d a besuchte vom 21. bis 24. Juni Peking und stand unter der Leitung des Ministers für internationale Zusammenarbeit, A. Munyaneza; zwischen beiden Staaten wurde ein Handelsabkommen unterzeichnet (HNA 25. 6. 72). Mit Mauritius wurde am 9. August ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie ein Protokoll zum Abkommen unterzeichnet (HNA 15. 8. 72). Zu einem Eklat kam es bei einem Bankett in Peking zu Ehren des tunesischen Außenministers Mohammed Masmoudi, der sich zu einem offiziellen Besuch in Peking aufhielt, am 23. August, bei dem Chi Peng-fei die Mittelmeerpolitik der „Supermächte“ attackierte, woraufhin sich die geladenen Diplomaten aus der UdSSR, Ungarn, Polen, der Mongolischen VR, der CSSR, der DDR und Bulgarien unter Protest das Bankett verließen (HNA 25. 8. 72, NZZ 25. 8. 72). In einem Leitartikel zur Konferenz der OAU in Rabat vom 12. bis 15. Juni bekräftigte die Jen-min Jih-pao die Unterstützung Chinas insbesondere für den Kampf der Völker Afrikas gegen „Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus“, wobei auch die „Sozial-imperialisten“ (also die UdSSR) wegen ihrer Politik der Einflußsphäre in Afrika attackiert wurden (JMJP 18. 6. 72).

(Über Korea, die Republik China und die Mongolische VR kann aus räumlichen Gründen erst im nächsten Heft berichtet werden.)